

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.  
(Postgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)  
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18008.

Inseratenpreise:  
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Melame-Kolonelle 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die geschlossene bürgerliche Reaktion.

### Die Nationalversammlung lehnt die gesetzliche Anerkennung der Maifeier ab.

#### Die Herausforderung!

Die Nationalversammlung hat vor ihrem Ende noch eine Tat vollbracht, die ihren reaktionären Charakter in schärfster Weise ausbeutet. Sie hat die Forderung der beiden sozialdemokratischen Parteien, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu machen, abgelehnt.

Die Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten, die mit den Rechtssozialisten in der Regierung sitzen, haben ihren Verbündeten einen Fußtritt gegeben. Sie haben lieber mit den Gegnern der Republik, mit den Kappisten-Parteien, gestimmt, als daß sie der Arbeiterschaft eine billige Konzession gemacht hätten.

Der ganze Haß der Bourgeoisie gegen das aufstrebende Proletariat, der Klassen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, der in der demokratischen Republik noch auszulämpfen, kommt in dieser bewußten Herausforderung der Arbeiterschaft durch die bürgerlichen Parteien zum Ausdruck.

Die Antwort der Arbeiterschaft kann nur eine sein:

**Wichtigste Feiertag des 1. Mai!**

#### Partei- und Gewerkschaftsgenossen, Hand- und Kopfarbeiter Leipzigs!

Die Nationalversammlung, die Interessenvertretung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, hat die Anträge der Arbeitervertreter, den 1. Mai als allgemeinen gesetzlichen Feiertag zu erklären, abgelehnt. Das deutsche Proletariat muß sich jetzt erst recht alle Kräfte daran setzen, seine Maifeier in diesem Jahre zu einer besonders wirkungsvollen und würdigen zu gestalten. Nachdruck muß die deutsche Arbeiterschaft am 1. Mai ihren festen Willen bekunden, daß sie an dem Maigedanken unerschütterlich festhält, daß sie bereit ist, alle Kräfte anzuspinnen, um ihre Forderungen durchzusetzen, daß sie nicht ruhen wird, bis ihr Ziel, der Sozialismus, erkämpft ist.

Die wirkungsvollste Demonstration für dieses Ziel ist die

#### allgemeine Arbeitsruhe.

Deshalb, Arbeiter und Arbeiterinnen, agitiert in allen Betrieben, Werkstätten und Bureaus für die Arbeitsruhe am 1. Mai.

#### Heraus aus den Betrieben!

muß die Forderung aller Arbeiter und Angestellten für den 1. Mai sein.

#### Der 1. Mai als Landesfeiertag.

Aus Karlsruhe wird amtlich gemeldet, daß durch eine Verordnung des Staatsministeriums vom April 1919 der 1. Mai in Baden dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen worden ist. Es bleiben somit auch am 1. Mai d. J. die Räume sämtlicher Behörden und die Schulen geschlossen.

Ebenso hat auch der Ägyptische Vandalen beschlossen, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag zu gelten hat.

Nach einer Meldung aus Brüssel hat der belgische Justizminister entschieden, daß von jetzt ab der 1. Mai als Fest der Arbeit zu betrachten ist, und daß das von seinem Ministerium abhängende Personal zu feiern hat.

#### Die kappistischen Verschwörer im Reichswehrministerium.

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit hatte die Vermutung ausgesprochen, daß die phantastische „Entscheidung“ der Deutschen Zeitung über einen angeblich bevorstehenden Komunistenputsch dem Vize-Staatskommissar Weismann angegangen wäre. Dazu teilt jetzt Staatskommissar Weismann der Freiheit mit, daß er zu den Veröffentlichungen in keinerlei Beziehung stehe. Er habe den von der Deutschen Zeitung veröffentlichten Geheimbericht eines Agenten erst erhalten, nachdem er bereits sechs Stunden vorher in der Deutschen Zeitung erschienen gewesen wäre. Der Geheimbericht sei

an einen Geheimrat im Polizeipräsidenten gerichtet gewesen. Dieser habe ihn entgegen seinen Anweisungen und Disziplinwidrig dem Reichswehrministerium mitgeteilt. Erst von dort sei der Bericht an den Staatskommissar gelangt. Da er inzwischen bereits veröffentlicht gewesen sei, so könne er nur aus dem Reichswehrministerium in die Deutsche Zeitung gelangt sein.

Anknüpfend an diese Mitteilung schreibt die Freiheit: „Die hier festgestellte Tatsache weist mit besonderer Deutlichkeit die verbrecherische Zusammenarbeit des Reichswehrministeriums mit der Kappisten-Elite und ihren literarischen Bravos in der deutschnationalen Presse auf. Was wir immer behauptet haben, bestätigt sich auch in diesem Falle: Im Reichswehrministerium lausen die Raben der militärischen Verschwörung zusammen, von hier aus wird das Gift der Verleumdung und Verleugung durch allerhand dunkle Kanäle in die Öffentlichkeit hinausgetragen, von hier aus wird jene Stimmung vorbereitet, die die verbrecherischen Aktionen gegen das Volk und neue blutige Morden erst möglich macht.“

Doch darauf allein beschränkt sich die vorbereitende Arbeit der gegenrevolutionären Drahtzieher nicht. Von Tag zu Tag wehren sich die Beweise, daß die Kappisten-Elite enge Beziehungen mit Arbeiterkreisen sucht, um mit Hilfe von Witzkriegen und bezahlten Agenten die Arbeiterschaft zu politischen Aktionen zu veranlassen. Die militärischen Verschwörer haben darin ja schon einige Erfahrung... Freiwillige und unfreiwillige Agenten dieser Verschwörer drängen sich an die Arbeiterschaft heran, um sie zu irgendwelchen „Aktionen“ zu veranlassen. Sie nutzen die Stimmung der Arbeiter, die über die Freibereit der Koalitionäre erbittert sind, aus, um ihnen nahezuweisen, daß sie nur gemeinsam mit den „revolutionären“ Offizieren, nur durch Vorbereitung bewaffneter Aktionen, der Reaktion Herr werden könnten. Sie bemühen sich darauf, daß ja auch Lenin und Trotski die Mitarbeit der alten zaristischen Generale und Offiziere gebraucht hätten, um ihre Feinde niederzurufen und die „Diktatur des Proletariats“ auszurufen. Das selbe Ziel verfolgen angeblich auch die neugeborenen Fremde der Diktatur des Proletariats aus den Reihen der gegenrevolutionären Offizierselite, und leider finden sie hier und da Gehör bei jenen „nationalsozialistischen“ Witzkriegen, Abenteuerern und Phantasten, die neuerdings die Arbeiterschaft unglücklich zu machen suchen.“

Die Freiheit warnt aufs dringendste vor den Einfüllungen derartiger zweifelhafter Elemente. Die Situation sei ernst, als sie gemeinsam angenommen werde. Sie erfordere äußerste Wachsamkeit und Disziplin in den Reihen der Arbeiterschaft.

#### Vorläufig keine Räumung Frankfurts?

Paris, 27. April. Die Daily Mail meldet aus San Remo: Die Konferenz hat entschieden, daß die französischen Truppen solange Frankfurt besetzt halten, bis Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen ausgeführt und die 12 000 Geschütze abgeliefert hat, die es entgegen dem Friedensvertrage noch besitzt.

Nach einer Meldung des New York Herald hat der Oberste Rat gestern beschlossen, der deutschen Regierung alle nötigen Beweise für die Aburteilung der Kriegsverbrechen beschuldigten zu übermitteln.

Der Populäre bezeichnet die Einladung des deutschen Reichskanzlers zum 25. Mai nach Spa als Beginn der Revision des Friedensvertrages.

#### Milnerand über die Wiedergutmachung.

Paris, 27. April. (E.-U.) Milnerand erklärte Journalisten gegenüber, die Festsetzung einer Pauschalsumme für die von Deutschland zu leistende Wiedergutmachung erfolge aus praktischen Erwägungen heraus, weil es für beide Teile vorteilhafter ist. Trotzdem die Abschätzung für Frankreich schwieriger als für die anderen Alliierten sei, habe Frankreich ein Interesse daran, über die von Deutschland endgültig zu erhaltende Wiedergutmachung in Kenntnis gesetzt zu werden. Die endgültige Festsetzung der Schuld Deutschlands würde vielleicht mit einer Herabsetzung der französischen Forderungen einhergehen. Aber was Deutschland zu leisten vermag, müsse es zahlen.

#### Fortsetzung des elsass-lothringischen Streiks.

Straßburg, 27. April. Dem Streikabruhsbescheid in Elsass-Lothringen wurde gestern von der Mehrheit der Arbeiter noch keine Folge geleistet. — Wie aus einem im Oberelsaß verbreiteten Flugblatt hervorgeht, ist die Ursache des Wiederauflebens des Generalstreiks in Elsass-Lothringen in einer vom Anstaltsinspektoren in Mühlhausen angeordneten Auslieferung der Arbeiter der Textil- und Metallindustrie im Oberelsaß auf unbestimmte Zeit zu suchen. Sie erfolgte entgegen den am letzten Sonntag in Paris zum Abschluß gebrachten Einigungsverhandlungen.

#### Die Koalitionsregierung und das Vertrauen des Auslandes.

W. O. Der Herr Minister des Auswärtigen hat sich kürzlich in einem Interview berufen gefühlt, auch nach seinen Kräften die Wahlpropaganda für die Koalitionsregierung mit außenpolitischen Argumenten zu betreiben. Er hat, um die Wähler von der Opposition abzuführen, behauptet, daß nur eine Koalitionsregierung nach dem jetzt bestehenden bewährten Muster sich die Anerkennung und das Vertrauen der Entente erringen würde. Diese Wahllosel ist wohl lediglich darauf zurückzuführen, daß der Herr Außenminister erst so wenige Tage in seinem Amte war, daß er sich noch kein Urteil über die Leistungen bilden konnte, die die Koalitionsregierung auf dem Gebiete des Vertrauens des Auslandes zu erwerben, bisher vollbracht hat. Es muß ihm deshalb in aller Deutlichkeit einmal gesagt werden, daß man weder im deutschen Volke noch im Auslande von solchen Erfolgen der deutschen Regierung auch nur das geringste bemerkt hat. Im Gegenteil, diese Koalitionsregierung hat es auf das Trefflichste verstanden, mit einer Geschicklichkeit und Fähigkeit, die ihresgleichen sucht, alles zu tun, um eine Revision des Friedensvertrages unmöglich zu machen. Abgesehen von der Betonung ihres guten Willens zur Erfüllung des Friedensvertrages hat sie bisher noch nichts getan, um sich in dieser Beziehung das Vertrauen unserer Vertragskontrahenten zu erwerben. Während sie versichert, daß sie bereit ist, den Friedensvertrag zu erfüllen, erklärt sie von jedem einzelnen Paragraphen, daß er unerfüllbar ist. Die Kohlenlieferungen können nicht geleistet werden. Die finanzielle Entschädigungssumme lehnt man schon ab, ehe man ihre Höhe kennt. Die Ablieferung der Schiffe ist unmöglich. Zu den Wiedergutmachungen fehlt uns jede Krone. Das ist der Geist, mit dem man an den Friedensvertrag herantritt und sich den Signatarmächten gegenüberstellt. Daß eine solche Haltung statt Vertrauen nur Mißtrauen wecken muß, ist ohne weiteres klar. Dies Mißtrauen aber wird bestärkt durch das Verhalten der Regierung in der Frage der Abrüstung. Immer wieder haben die unabhängigen Sozialdemokraten darauf hingewiesen, daß die Errichtung der Einwohnerwehren in Widerspruch mit den Bestimmungen des Friedensvertrages stehen, daß sie eine Verletzung der Artikel 164—172 des Friedensvertrages darstellen. Es war für jeden, der sehen wollte, klar, daß das Ausland mit größtem Mißtrauen diesem Versuch der Umgehung jener Paragraphen begegnen mußte. Der Verdacht, daß hier die Vorbereitung eines Revancheprogramms begann, lag unabweisbar auf der Hand. Es ist ja auch gar nicht zu leugnen, daß viele unverantwortliche Elemente, ja, vielleicht im Unbewußten auch verantwortliche Stellen mit diesem Gedanken gespielt haben und noch spielen. Der Regierung hat diese Politik den Erfolg eingetragen, daß die Entente nunmehr endgültig die Auflösung der Einwohnerwehren gefordert hat. Gelernt hat man daraus offenbar nichts, denn man versucht von neuem, die militaristische Organisation wieder aufzubauen und zu stärken. Die Note der deutschen Regierung an die Entente, in der sie die Erlaubnis für die Beibehaltung einer Armee von 200 000 Mann nachsucht, ist vom Geiste Ludendorffs diktiert. Wer soll der Regierung die Lächerlichkeit glauben, daß sie schwere Artillerie, Fliegerabteilungen und Eisenbahnkompanien zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande braucht? Es ist selbstverständlich, daß solche Noten das Mißtrauen der Signatarmächte in den guten Willen der Regierung zur Erfüllung des Friedensvertrages stärken müssen. Diese Koalitionsregierung selber leistet den Chauvinisten Englands und Frankreichs die besten Dienste, indem sie immer neue Vorwände für chauvinistische Heße und neue Zwangsmaßnahmen liefert. Die Nichtinhaltung der Verträge über die neutrale Zone und die dadurch ausgeübten Wirkungen sind ein Schulbeispiel dafür. Zu diesen offensichtlichsten Verbrechen der Umgehung des Friedensvertrages gesellen sich die geheimen. Nach den §§ 168 und 169 des Friedensvertrages hat Deutschland alle Tanks und Panzerzüge und ähnliches Kriegsgeschütz abzuliefern. Trotzdem befinden sich heute noch Panzerzüge und eine große Zahl Tanks in den Händen der deutschen Militärs. Die Auslieferung der Waffen, die in ihrer Menge weit die nach Art. 69 zugelassenen Waffen und Munitionsbestände übersteigen, ist nicht durchgeführt. Auf Schritt und Tritt bemüht man sich, die interalliierten Kontrollkommissionen zu unterbinden, und

irreführen. Der General Kessel, der als Führer, der auf Bitten der deutschen Regierung nach dem Balkan entsandt Entente-Mission die meuternden Balkantruppen zur Vernunft bringen sollte, hat die schwersten Anklagen gegen die deutschen Offiziere erhoben, die sein Vertrauen aufs schwerste getrübt und ihn betrogen haben. Obwohl man ihm zugehört hatte, daß alles Material im Balkan stecken würde, haben die deutschen Offiziere es gebildet, daß fast das gesamte Material der Balkantruppen abtransportiert wurde. Die Regierung hat nicht etwa diese Anklagen gegen die Offizierskamarilla gestützt, sondern sie noch öffentlich über den General Kessel beschwert. Die Militaristen versuchen, den Friedensvertrag zu umgehen, und alles für einen Revanchekrieg vorzubereiten. Die Koalitionsregierung aber steht diesem Treiben der militaristischen Revanchehetze rat- und hilflos zu.

Der Reichskanzler hat kürzlich in einer Rede in der Nationalversammlung erklärt, die französische Regierung sei die einzige, die heute noch in der Haft ihrer Generale sich befindet. Wenn das deutsche Volk wüßte, was in Wahrheit vorgeht, wenn es jetzt wenigstens endlich begriffen hätte, was die Militärs und Militaristen treiben, so hätte einstimmes Hohnschlächter des ganzen Volkes dem Ministerpräsidenten gegenüber. Gewiß ist die französische Regierung noch immer in der Haft ihrer chauvinistischen Generale, aber das sollte nicht der Ministerpräsident einer Regierung sagen, die sich in der Haft und unter der Suggestion der härtesten Gardeleutnants befindet. Eine Regierung, die sich nicht nur in allen ihren Handlungen nach den Befehlen eines General Secot, nach dem Stützpunkt des Kapitän Ehrhardt richtet, eine Regierung, die sich auch in der geistigen Nützigkeit ihrer militärischen Nachrichtenoffiziere und Kommandeure befindet, eine solche Regierung sollte nicht als die alleinige Inhaberin des Vertrauens des Auslandes aufspielen, auch nicht um der Wohlmacht willen. Sowohl dem Auslande als auch der deutschen Wählerschaft ist längst klar geworden, daß nicht diese Koalitionsregierung, sondern allein eine sozialistische Regierung die Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens, für die Erfüllung und Revision des Friedensvertrages bietet.

### Die geheimnisvollen Geschehnisse in Stettin.

Durch die Entente-Kontrollkommission sind in Stettin in dieser Tage 288 Gesetze und 18 Räte, voll geladen mit Inkompetenz- und Ineffizienzklagen, entdeckt worden. Diese Räte wurden vom Vizepräsidenten in Stettin auf Anfordern der Entente-Offiziere beschlagnahmt. Als die Angelegenheit nun in einer Kabinetskonferenz zur Sprache kam, erklärte der General Secot, daß es sich bei dieser Verhinderung von Gesetzen, die angeblich für Kabinetsbeschlüsse waren, um eine dem Reichswehrministerium durchaus bekannte und völlig gerechtfertigte Maßnahme handle. Diese Erklärung muß um so mehr verwirren, als nach den Vorschriften des Friedensvertrages Deutschland überhaupt nur 288 Gesetze besitzen darf. Es ist selbstverständlich, daß herabgesetzte Vorläufe des sowjetischen Entwurfs der Entente entgegen müssen. Der Herr Secot aber auch wieder die höchsten Vorläufe, an der Spitze der Herr General Secot, die geheimnisvollen Maßnahmen der reaktionären und nationalistischen Untergruppen. Das war so im Falle der im Reichswehrministerium aufgegebenen Offiziersbeschlüsse, wie es jetzt wieder im Falle der Verhinderung von Gesetzen und Räten in Stettin ist. Und der Herr Secot glaubt noch immer, daß es ihm gelingen werde, hinter die Maßnahmen seiner reaktionären Offiziere zu kommen.

### Der große Gegenlag.

Berlin, 28. April.

Die Nationalversammlung geht auseinander, indem sie sich im Sterben als gegenrevolutionäres Instrument, als Beschützer des kapitalistischen Systems erweist. Alle Anträge unserer Genossen sind abgelehnt! Keine Bezahlung der Streiklöhne, keine Aufhebung des Ausnahmezustandes, kein Amnestiegesetz! Der Verrat an der Arbeiterschaft ist bezeugt! Wenn heute die Arbeiterschaft auf die letzten Handlungen der Nationalversammlung blickt, so erkennt sie, daß sie schmähtlicher noch betrogen ist als das Proletariat von Achtundvierzig vor den Liberalen.

Die Arbeiterschaft hat die bürgerlich-demokratische Republik gerettet. Das Proletariat hat die wankenden Ministeressel festgehalten, das Proletariat hat der entflohenen Koalitionsregierung, die angstvoll in Stuttgart sah, Sicherheit geschaffen. Es war demokratischer als die Demokraten, verfassungstreuere als die Verfassungsmacher. Und nun? Seine Beisten sind ermordet, tausende gefangen gesetzt. Und die Nationalversammlung, die ohne die Arbeiterschaft nicht leben kann, schlägt in den letzten Stunden ihres Wirkens ebendirekt den Arbeitern ins Gesicht. Nicht einmal Bezahlung der Streiklöhne! Der „Mob“ mag alles opfern: sein Blut und die kümmerlichste Voraussetzung seiner physischen Existenz. Das Bürgertum nimmt die Opfer entgegen und fordert mehr: seine letzte Arbeitskraft zur Ausbeutung, seine letzte physische Kraft. Das war der Sinn und der Inhalt der Debatte über den Notetat in der Nationalversammlung. Durch die Hilfe der politischen Einzelfragen, durch die große Reihe der politischen Einzelgesetze während dieser Debatte ging die eine große Linie: Hier Proletariat! Hier Bürgertum! Dieser große Gegenlag bestimmte die Stellungnahme der Parteien zu allen politischen Problemen. Auf der einen Seite das Bestreben nach Erhaltung der sozialen Gegensätze, auf der anderen Seite der Wille, durch den Klassenkampf die Klassengegensätze aufzuheben. Hier der Wille, alle reaktionären Gewalten zu zerbrechen und die Macht in die Hände der Arbeiter zu legen, dort das Streben, die gegenrevolutionäre Macht um jeden Preis zu erhalten, selbst um den Preis des Verrats an der Arbeiterschaft und des Bruches des Friedensvertrages.

Alle Erklärungen und Forderungen über die Gegensätze der Politik und der Wirtschaft in dieser Debatte zeigten die Schärfe des Klassengegensatzes. Hier die Forderung: der 1. Mai ein Feiertag, dort die Forderung: Verlängerung der Arbeitszeit. Hier die Forderungen: Einschreiten gegen die Reaktionäre, Amnestie für die Arbeiterkassen — dort die Erklärung des demokratischen Justizministers: Keine allgemeine Amnestie, schärfstes Vorgehen gegen „kommunistische“ Heher und Räubersführer.

Zwischen haben und drüben besteht keine Brücke. Die bürgerlichen Parteien schließen sich zusammen, Herr Trin-

born hat den Anschlag noch rechts gefunden unter dem Schlagwort: Der Feind steht links! Herr Blund hat den Anschlag an Herrn Trimborn hergestellt und sucht Verjährung nach rechts unter Drohung und Kampfanzeige an die Arbeiterschaft.

Wo aber stehen in diesem Augenblicke, wo die feindlichen Lager sich klar abzeichnen, wo die Kampfanzeige gegen die Arbeiterschaft ertönt, wo stehen in diesem Augenblicke die Rechtssozialisten? Sie sind Glieder der Koalition mit dem gegenrevolutionären Bürgertum, sie sind die Verbündeten der Trimborn und Blund, sie haben teil an der Regierung, die in der Nationalversammlung der Arbeiterschaft ins Gesicht schlägt, die für sie gekämpft hat. Wo blieb ihr Bekenntnis zum Klassenkampf, wo blieb ihre Antwort auf die schmerzhaften Reden ihrer Mitarbeiter. Wo blieb das klare Entwerfen, das sie ihnen entgegenzusetzen mußten, wenn sie sich ehrlich auf der Seite der Arbeiterschaft hielten.

Wenn die Arbeiterschaft die Bilanz ziehen wird, dann wird sie als ihre Schuldigen nicht nur die bürgerlichen Parteien und die Nationalversammlung, sondern auch die Rechtssozialisten erkennen.

### An die Arbeiter der Welt! Auf zur Maidemonstration!

Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 9. April 1920 beschlossen, die Arbeiter der ganzen Welt zu einer mächtigen Maidemonstration aufzurufen.

Bereits auf dem letzten Internationalen Gewerkschaftskongress, der im Juli 1919 in Amsterdam abgehalten wurde, wurde unter großer Teilnehmung beschlossen, eine Aktion zugunsten der Sozialisierung der Produktionsmittel einzusetzen.

Die Vertreter der Arbeiterorganisationen aus verschiedenen Ländern haben dort u. a. erklärt:

In Anerkennung der großen Arbeit, die durch die Aktion der Gewerkschaften für die Arbeiter im allgemeinen und für die organisierten im besonderen geleistet wurde, erklärt der Kongress es für notwendig, die Beziehungen und die Aktion der Arbeiter aller Länder auf die Sozialisierung der Produktionsmittel zu richten, wobei er von der Erwägung ausgeht, daß die Gewerkschaften die Vorbereitung und Grundlegung für die Verwirklichung der Sozialisierung sind.

Die Bewegung, die sich derzeit unter den Arbeitern aller Länder zeigt, ist ein Beweis dafür, daß dieser Wunsch tief in den Herzen der Masse lebt. Und unser Exekutivkomitee ist der Ansicht, daß diese Bewegung in der kürzesten Weise unterstützt werden muß.

Wir rufen euch darum auf, für diese Forderung am 1. Mai mit aller Kraft einzutreten und für diese Propaganda jene Form zu wählen, die in dem betreffenden Lande gebräuchlich ist oder von der Landeskongresse dafür gewählt wird. In dem einen Land wird durch Versammlungen oder Kundgebungen, in dem andern Land durch Arbeitsruhe für diese Forderung demonstriert werden. Welches Mittel aber auch gewählt werden möge:

Die Sozialisierung der Produktionsmittel muß am 1. Mai als unsere vornehmste Forderung im Vordergrund stehen!

Tanzen soll, einem Beschluß des Exekutivkomitees entsprechend, als nächstwichtigste Forderung für den 1. Mai die rasche Durchführung der Beschlüsse der Arbeitskongresse von Washington ausgestellt werden.

Auf dieser Konferenz wurde eine Reihe von Beschlüssen zum Schutze des Arbeiterlebens, im Interesse der Kranken, der Arbeitslosen, der Invaliden und zugunsten der Einführung des Achtstundentages gefaßt.

Wir sind der Meinung, daß verschiedene Regierungen mit der Durchführung dieser Beschlüsse anzulange zögern. Sollten sie gegenüber unseren berechtigten Forderungen kein Entgegenkommen zeigen, so müßten sie durch die organisierte Macht der Arbeiter dazu gezwungen werden.

Wir wollen die ganze organisierte Macht unserer 20 Millionen Arbeiter, vereinigt im Internationalen Gewerkschaftsbund, aufbieten, um der Not und den Entbehrungen, unter denen das Proletariat immer noch leidet, so rasch als möglich ein Ende zu machen.

Wir werden nicht dulden, daß mit unsern Interessen ein Spiel getrieben wird!

Wir verlangen, daß unsere Forderungen schnellstmöglich bewilligt werden!

Wir fordern euch daher auf, nunmehr alle trennenden Gegensätze beiseite zu lassen und am 1. Mai gemeinsam den Kampf zu führen gegen alle Mächte, die die Rechte der Arbeiter antasten und die materielle Notlage bestehen lassen wollen.

Wir rufen euch auf zum Kampf für den Frieden, für das Recht und das Wohl der Arbeiterschaft!

Dieses Ziel wird erreicht werden, wenn alle Arbeiter sich im Kampf vereinigen für diese beiden Forderungen, die die internationale Gewerkschaftsbewegung stellt:

Sozialisierung der Produktionsmittel!

Durchführung der Beschlüsse von Washington!

Unsere Forderung muß sein: Kampf und Disziplin! Kampf für unsere Rechte! Gegen die Reaktion! Es lebe die Internationale der Arbeit!

M. A. Appelton, England, Vorsitzender.

Z. Rouhaux, Frankreich, 1. Vizevorsitzender.

G. Kervens, Belgien, 2. Vizevorsitzender.

C. Eggen, Deutschland.

G. Dumoulin, Frankreich.

R. Dürr, Schweiz.

P. Hon, Norwegen.

A. Zanerle, Tschechoslowakei.

J. W. Williams, England.

Eda Rimmen, J. Duedeger, Holland, Sekretäre.

### Der Sturm auf den Unternehmer Leipzig gegen die Arbeiterschaft.

In einer Versammlung hat das Unternehmertum Leipzigs sich mit der augenblicklichen politischen Lage beschäftigt und besonders über die „gewerkschaftliche Nebenregierung“. Über das Betriebsratsgesetz und die Verordnung der sächsischen Regierung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai tüchtig vom Leber gezogen. Rechtsanwalt Schiller hatte im Auftrag der Unternehmer über die „gewerkschaftliche Nebenregierung“ zu referieren. Was er hat, waren die üblichen Klagen der reaktionären Presse. Mit seiner Bekämpfung des Achtstundentages hat er seinen Auftraggebern aus der Seele gesprochen. Seinen besonderen Zorn aber tobte er gegen das Betriebs-

ratsgesetz aus, das nicht Ruhe und Ordnung in die Betriebe gebracht, sondern das die Unzufriedenheit noch gesteigert habe. Die Forderung der Gewerkschaften auf Durchführung der 8-demokratischen Punkte nannte Herr Schiller ein va banque-Spiel der mehrheitlich ständischen Gewerkschaftsführer. Alle Forderungen der Arbeiter werden von den Unternehmern und ihren gekauften Klopfschneidern als antidemokratisch und verfassungswidrig verächtlich; dagegen schweigen die Herren hübsch darüber, daß sie samt ihrem besahlten Troß tagtäglich die Mitarbeiter belagern, um ihre Forderungen auf Schließung zu erreichen, obwohl sie schon in der Regierung und im Parlament die Mehrheit haben, die hinreichend für sie sorgt.

Der Unternehmer Weber von der Illustrierten Zeitung machte seine Mißausbeute dann scharf, damit sie in der Lohnfrage kein Nachgeben zeigen. Nicht uninteressant ist auch, daß sich kein Unternehmer bereit erklärt, ein ausschließlicher Stelle zum Reichstag zu kandidieren. Die Resolution bewegt sich in den Gedankenwegen des Schillerischen Refrats.

Im zweiten Teile wurde dann gegen die Verordnung der sächsischen Regierung wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai losgelegt. Die Herren zeigen damit aufs neue, daß sie nur die Gesetze und Verordnungen befolgen, die ihnen passen. Der Beschluß, der zum 1. Mai gefaßt wurde, ist aber auch eine klare Herausforderung der Arbeiterschaft. Jedenfalls wird sich diese nicht abhalten lassen, die Mitarbeiter durch Arbeitsruhe zu begehren.

Die Unternehmer fordern aber nicht nur, es solle der Verordnung entgegen gehandelt werden, sondern sie bedrohen den Arbeiter, indem sie auf die Gefahr hinwählen, die ihn aus der Beteiligung an der Meißeler gewährt; die Entschließung lautet:

„Die Leipziger Arbeitgeber hat in einer größeren Versammlung einstimmig beschlossen, am 1. Mai, der weber Reichstag noch landesgesetzlicher Feiertag ist, nicht zu arbeiten. Der Arbeitnehmer, der nicht zur Arbeit erscheint, tut dies auf eigene Rechnung und Gefahr.“

Im vergangenen Jahre war der Meißeler Tag ein geschlicher Feiertag für das ganze Reich, diesmal hat die Reichsregierung und die Nationalversammlung den Mut nicht gehabt, dem Achtstundentag und dem Weltfrieden die Achtung zu erweisen, die ihnen gebührt. Die Arbeiterschaft wird aber allen Reaktionen zum Trotz am 1. Mai umso kräftiger für ihre Forderungen demonstrieren.

### Die „Reichsarbeitsfunde“.

Der Demokrat Bernhard Dernburg verliert im Berliner Tageblatt wieder einmal sein Strohfeuer „Reichsarbeitsfunde“. Er sieht alles Unglück der deutschen Wirtschaft in dem Achtstundentag und er glaubt die Möglichkeit seiner Argumentation vor allem mit dem Hinweis auf die früher viel längeren Arbeitszeiten beweisen zu können. Im Jahre 1918 hätten nur 2,4 Prozent der deutschen Arbeiter 8 Stunden und weniger, 3,3 Prozent 9 Stunden, 90,1 Prozent durchschnittlich 9 1/2 Stunden und 3,1 Prozent mehr als 10 Stunden täglich gearbeitet. Im Gesamtdurchschnitt werde die Arbeitszeit 9 1/2 Stunden pro Tag betragen haben. Die Verflüchtigung auf 8 Stunden bedeute bei 15 Millionen Beschäftigten mit 800 Arbeitsstunden pro Jahr einen Stundenlohn von 3 RM. und 150 Prozent der Stundenlöhne als „Produktion“ einen Produktionsanstieg von 37 Milliarden. Dafür könnte man Rohstoffe und Kleider herbeischaffen, welche „höchwertiges Geld“ erhalten. Dazu habe er die Reichsarbeitsfunde amgelegt.

Zwar muß selbst Dernburg zugeben, daß mehr als acht Stunden Arbeitsleistung bei den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen, wozu noch die durch sozietange Unterernährung herbeigeführte Entlastung der Arbeiter in Betracht zu ziehen ist, Gefährliches liegt. Er stellt auch ein, daß das Material für so viele Mehrstunden und die dadurch einzukommenden Beträge nicht sofort da ist. Aber der Achtstundentag erscheint ihm als der Tod des deutschen Kapitalismus, deshalb mag lieber das Proletariat angepöbel werden. Überdies können seiner Meinung nach die Rohstoffe bei richtiger Organisation schnell beschafft werden. Prellschiff müsse dann auch jeder Arbeit annehmen, für die er irgendwie geeignet ist und das Drehmomenten müsse in allen Kreisen gekloppt werden. Das hört sich betriebsrevolutionär an. Drohen gibt es in der Tat genug. Ihren „Wesen“ oder richtigen Unwesen recht schnell im Ende bereiten, ist allerdings eine notwendige Voraussetzung der Weberaufklärung des Wirtschaftswunders. Die Drohnen sind aber die, die von der Ausbeutung der Arbeiterschaft andrer leben. Wenn alle diese jetzt brachliegenden Kräfte mit zur Arbeit herangezogen werden und die Produktion nach sozialistischen Grundregeln planmäßig organisiert wird, wird auch bei einer achtstündigen Arbeitszeit der Bedarf der Bevölkerung reichlich gedeckt werden können. Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft ist es, dafür zu sorgen, daß dieses Ziel, das allerdings nur im schärfsten Kampf gegen das Unternehmertum erlämpft werden kann, möglichst bald erreicht wird.

### Demokratie und U. S. P.

Das führende bürgerliche Blatt der Schweiz, die Basler National-Zeitung schreibt folgenden Epilog zum Kampfwort:

„Es hat sich deutlicher als während des Weltkrieges gezeigt, daß die deutsche Volksgemeinschaft in politischen Dingen nicht mitredet, sobald das Mikroskop der Parteien erhebt, die unter Umständen einen gewissen Vaguerie erfordern und eine gewisse Gefahr nach sich ziehen. Das Bürgertum fand bei diesem Versuch der Reaktionäre ablehnt und wörtlich seelenruhig ab, wenn der Erfolg beschieden sei, um dann, sobald die Gefahr vorbei wäre, willenlos dem Sieger zu folgen. Die Diktatur des Proletariats ist in Deutschland nicht dasselbe wie in Rußland oder Ungarn, sondern die einfache Reaktion auf die bisher lausliche Diktatur der Reaktionäre, in deren Händen Herr Roske ein geistiges Instrument war. Roske, den man so gern den starken Mann nannte, war nichts anderes als der plattbauchige Subendorff, ob er es nun wollte oder nicht. Man braucht ja nur die Forderungen der Unabhängigen, der wahren Vertreter der politisch tätigen demokratischen Kräfte in Deutschland, zu lesen, um den Basler-Berichten über „Volkswirtschaft“, „Spartakismus“ und „Kommunismus“ zu misstrauen und diese „Blödmänner zu durchschauen.“

Man verleihe dieses ruhige, objektive Urteil des Schweizer Blattes, dem gewiß niemand Zuneigung zum Sozialismus, geschweige zur Unabhängigen Sozialdemokratie, unterstellen kann, mit der Verflüchtigung der U. S. P. als der Partei des Terror und Bürgerkrieges, die ihr die bürgerlichen Parteien Deutschlands einschließlich der Rechtssozialdemokratie angeben lassen! Die liberale Schweizer Zeitung hat viel besser als etwa das Gros der Rechtssozialisten erfaßt, wie verächtlich die U. S. P.-Forderung nach der Diktatur des Proletariats gerade in Deutschland ist. Um so mehr aber stellt sich die Diktatur des rechtssozialistischen prinzipiellen Bekenntnisses zur „Demokratie“ heraus, das nicht weiter als die Verflüchtigung der Arbeiterpartei in Bourgeoisie Ideologie bedeutet. Deshalb nämlich, weil wahre Demokratie erst durch die absolute Verteilung aller Machtmittel im Volke möglich ist, also die Beseitigung der Klassen zur Voraussetzung haben muß. Daß die Misverwaltung der sozialen Ungleichheiten aber anders als durch eine vorübergehende proletarische Diktatur unmöglich ist, beweisen gerade die Ereignisse in Deutschland seit der November-Revolution von 1918. Der, das jetzt noch nicht einleuchtet, wer jetzt noch nicht erkennt, daß uns nur die Diktatur des Proletariats als wirksames Mittel zur Bewirkung des Sozialismus und damit der Demokratie bleibt, bemerkt damit, daß er erstarrt an den letzten Zuständen in Deutschland nicht verbessert haben möchte. Bekenntnisse zur Demokratie im Sinne des Bürokratismus und der Rechtssozialisten bedeutet heute nichts weiter als bewußte oder unbewußte Vorhinderung der Reaktion.

# Die Erfolge der U. S. P. bei den Gemeindevahlen in der Pfalz.

Wie wir bereits berichtet haben, hat unsere Partei bei den Gemeindevahlen in der Pfalz bedeutungsvolle Erfolge zu verzeichnen gehabt. In den industriellsten Endwahlen, Kaiserslautern und Wissembourg, haben unsere Genossen von allen Parteien die meisten Sitze erobert. Obwohl unsere Organisation in der Pfalz noch sehr jung ist und unsere Partei fast nirgendwo in den Gemeinderäten Vertretungen hatte, haben wir jetzt auch in den kleineren Städten und in Landgemeinden Mandate erobert oder beträchtliche Stimmzahlen zu verzeichnen.

- Es liegen folgende Wahlergebnisse vor:
- St. Ingbert.** Zentrum 2, Unabhängige 4, Bürgerpartei 4, Demokraten 2, Sozialdemokraten 6 Sitze.
- Sankt-Ingbert.** Sozialdemokraten 806, Zentrum 269, Unabhängige 268, Demokraten 270, Deutsche Volkspartei 428.
- Wittlich.** Sozialdemokraten 181, Deutsche Volkspartei und Bauernische Volkspartei 382, Unabhängige 133.
- Waldsee.** Sozialdemokraten 489, Bauernpartei 428, Friedenspartei 148, Bürgerpartei 133, Gewerkschaft 128 Stimmen.
- Wittlich.** Sozialdemokraten 1140, Unabhängige 260, Bürgerlicher Block 1347. Sitze erhalten: Sozialdemokraten 8, Unabhängige 2, Bürgerlicher Block 10.
- Oppau.** Sozialdemokraten 9, Unabhängige 3, Deutsche Volkspartei 3, Unparteiliche Bürger 2, Zentrum und Rechte Kommunalpolitik 1.
- Zweibrücken.** Sozialdemokraten 1018, Deutsche Volkspartei 1478, Zentrum 971, Demokraten 607, Beamtenvereinigung 619, Mittelschichtvereinigung 489, Unabhängige 328 Stimmen.
- Niederauerbach.** Sozialdemokraten 11, Bürgerliche Parteien 5, Unabhängige 2 Sitze.
- Grünthal.** Sozialdemokraten 7, Bürgerlicher Block 7, Unabhängige 4, Fraktionlose 2.
- Bad Dürkheim.** Sozialdemokraten 331, Unabhängige 301, Bürger 604, Zentrum 278, Geschäftliche 436, Demokraten 334, Deutsche Volkspartei 167 Stimmen.

## Landeskonferenz der K. P. D. in Sachsen.

Am vergangenen Sonntag fand in Leipzig eine Landeskonferenz der Kommunistischen Partei Sachsens statt, die sich mit der Situation und Haltung vor den Wahlen, an denen sie ja auch die K. P. D. beteiligen werden, beschäftigte. Wir entnehmen darüber dem *„Kämpfer“* folgendes:

Einen Querschnitt der weltpolitischen Situation gab Brandler. Er kam zu dem Ergebnis, daß der ökonomische Bankrott der Welt nicht aufzuhalten sei; im einzelnen führte er dazu aus: Amerika hat zwar ungebremst profitiert, um aber eine Sanierung der Weltwirtschaft auf sozialistischer Grundlage vorzunehmen, gehört Geld in einem Ausmaß, das selbst Amerika nicht aufbringen kann. Während die französische Devalua immer schärfer wird, bessert sich die Devalua Deutschlands. Dies ist nicht die Folge unmittelbarer Wirtschaft, sondern ein finanzielles Manöver der amerikanischen Hochfinanz. So sind die weltpolitischen objektiven Voraussetzungen davor, daß wir uns der Weltrevolution im Wege mehr nähern. Anders ist es mit den subjektiven Voraussetzungen. Wir können das Tempo dieser Entwicklung nicht vorhersehen und bestimmen.

Der Redner ging dann auf die **innerpolitische Situation** ein. Er kennzeichnete sie folgendermaßen:

Nach den Wahlen wird sich die Lage zuspitzen. Ergeben die Wahlen eine linke Majorität, dann ist es möglich, daß wir mit einem halben Dutzend Sitzen rechnen. Werden die Wahlen eine reaktionäre Mehrheit ergeben, so sind gemäßigtere Auseinandersetzungen zwischen der Reaktion und der Revolution ebenfalls unvermeidlich. Die letzte Bewegung des Proletariats ist niedergeschlagen worden, trotzdem ist das Kräfteverhältnis ein anderes geworden. Die Bewegung stand auf einer viel höheren Stufe. Das Landproletariat hat sich erhoben. Die Gegenkräfte auf dem Lande haben sich ungemein vermindert. Wäre das Problem rein militärischer Natur gewesen, es wäre schon längst gelöst. Aber das Problem des Kommunismus ist kein Problem der Schießereien. Das beweist das Ruhrgebiet und das in Sachsen das Vogtland, die Hölzlinge. In dieser Situation war es für uns selbstverständlich, daß wir uns an den Wahlen beteiligen. Solange das Proletariat nicht die Kraft hat, die bürgerliche Demokratie zu zertrümmern, müssen unsere Hauptaufgabe darin bestehen, im Parlament tätig zu sein, um die Kraft zur Überwindung des Parlaments zu organisieren.

Die Diskussion ergab nach dem Kämpfer keine wesentlichen neuen Momente. Ueber die Wahlkreisverteilung sprach noch Soderer. Er stellte fest, daß die K. P. D. mit agitatorischen Kräften allzu reichlich gesegnet sei und das Vorhandensein also auf das Ergebnis auswirken würde. Ein Schlussbericht des Kämpfers über die Veranlassung soll noch folgen.

Die K. P. D. in Leipzig hat am Sonntag an allen Straßenenden Werbeplakate für die Wahlen anbringen lassen, die den zu einer Parlamentswahl führenden Wahlkampf im Bild festhalten und die Wahlberechtigten auffordern, in die K. P. D. einzutreten. Nach den Ausführungen Brandlers insbesondere über die innerpolitische Situation und über die aus dieser resultierende Haltung und Taktik der K. P. D. dürfte diese Aufforderung kaum im großen Maße Wirkungen auf denkende Arbeiter erzielen können. Hat die K. P. D. nicht gerade immer gegen uns deshalb Sturm gelaufen, weil wir uns an dem „bürgerlichen Wahlkampf“ beteiligten? Nun auf einmal hält sie es für „selbstverständlich“, daß das Proletariat Abgeordnete in das bürgerliche Parlament entsenden, solange es die Kraft habe, die bürgerliche Demokratie zu zertrümmern. Mit anderen Worten: Die Grundzüge Moskaus werden damit im allerersten Punkte von den K. P. D.-Leuten aufgegeben und die Taktik befolgt, die unsere Partei als die richtige für den proletarischen Emanzipationskampf seit Bestehen befolgt hat. Der Deletingsweg der K. P. D. wird nicht gerade bewiesen, indem man sich die Methoden und Gedanken der U. S. P. einfach aneignet, und man kann damit auch keinen denkenden Arbeiter aus einer Partei in die andere locken.

## Reichstagskandidaten der Kommunisten.

Bekanntlich haben die Kommunisten, soweit sie noch der Zentrale (Parteilandsbund) angehören, ihre Wahlkreise ausgeben. In einer Versammlung des Bezirks Groß-Berlin haben sie an erster Stelle Maria Zettin auf die Wahlliste geschrieben. Neben ihr sind von den bekanntesten kommunistischen Führern Dr. Reyl, Wilhelm Fried, Paul Lange, Ernst Meyer und Fritz Soderer auf der Liste verzeichnet.

## Söhne der Reaktion.

Eine Einziehung der bestehenden Klassen zur Organisation und Zusammenfassung ihrer Macht sind die Folgen, aus denen gerade in Wahlzeiten die unerschöpflichen Folgen für die reaktionäre Agitation fließen. Es ist das Verdienst der linksdemokratischen Berliner Volkszeitung, darauf einmal in einem Leitartikel aufmerksam gemacht zu haben, in dem es an der entscheidenden Stelle heißt: Die Freimaurerei tritt wenig in die Öffentlichkeit. Um so öftiger sind ihre Logen am Werke, in ihren Reihen den Antisemitismus, den Geist des Kapitalismus und die reaktionäre Agitation zu pflegen. Es kann nicht bestritten werden, daß die Logen auch wohlthätigen Zwecken dienen, aber diese erstrecken sich nur auf den engen Verwandten- und Bekanntenkreis und lassen etwas Gemeinnütziges gänzlich vermissen.

Wie denn auch ein bekannter Freimaurer die freimaurerische Wohlthätigkeit nicht als Zweck seines Bundes, wohl aber als ein Mittel zum Zweck bezeichnet hat. Obgleich die Freimaurerei als die Hauptgrundlage ihres Strebens Gemüthsruhe und Duldung nennen, so bilden sie beidem gegenüber die Höhe der Reaktionen und der Judenfeinde. Während der Antisemitismus bei dem Offizierskorps und dem Verbindungsstudententum in primärer Form auftritt, möchte ich bei den Logen als sekundäre Form das bezeichnen, daß hier die Mobilitäten zur Bekämpfung der Juden gleich mit gefunden werden. Gleich nur beiden vorhergenannten Institutionen sind die Logen, deren Mitglieder übrigens den Sozialdemokraten gern die Gefahr des Internationalismus vorhalten, wo doch ihre Logen selbst auf internationaler Grundlage beruhen, Volksgenossenschaft heraustrübende Gemeinschaften. Eben weil die Logen mit ihrer Arbeit nicht an die Öffentlichkeit treten, sondern im Dunkeln für Plebesmahl, Maurerabende usw. arbeiten, sind sie eine sehr gefährliche und sehr einflussreiche Bildung der reaktionären Kampfgeneration. In Leipzig sind wir ja mit diesen Höhlen der Reaktion mehr als reichlich gesegnet.

## Spiegelwirtschaft.

Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Nr. 60 Ihrer Zeitung vom 16. d. M. befindet sich ein Artikel Spiegelwirtschaft, der eine angebliche Zuschrift eines Hauptmanns v. Kleff an das Generalkommando VII. A. R. vom 7. August 1919 wiedergibt und kommentiert. Ihre Angaben entsprechen in zahlreichen Punkten nicht den Tatsachen: 1. Ein Hauptmann im Generalkommando v. Kleff ist dem Polizeiamte wie dem Assessor Hauber völlig unbekannt. 2. Der angebliche Kriminalrat Jakob Schleifstein, der auf Ersuchen des Generalkommandos Danzig hier festgenommen worden war, weil er als angeblicher russischer Kriegsgefangener in Danzig entwichen war, hat sich hier nur in den Händen der Kriminalpolizei befunden; in politischer Beziehung hat sich das Polizeiamt mit ihm überhaupt nicht befaßt. 3. Der genannte Schleifstein ist unmittelbar nach seiner Festnahme von der Kriminalabteilung des Polizeiamts durch Strafverfügung zweimal mit je 3 Tagen Haft bestraft worden, weil er, wie er zugab, etwa zwei Monate lang die vorgeschriebene politische Anmeldung unterlassen und überdies wissenschaftlich von einem falschen Legitimationspapier Gebrauch gemacht hatte. Der beschuldigte Schleifstein hat sich diesen Strafverfügungen unterworfen und die beiden Haftstrafen im hiesigen Polizeigefängnis verbüßt. 4. Assessor Hauber hat mit der Angelegenheit Schleifstein nur als Kriminalkommissar der Kriminalabteilung zu tun gehabt. 5. Assessor Hauber hat niemals irgendjemanden „zu einer gemäßigten und geschwätigen Bekämpfung Schleifsteins anzuregen gesucht, um dann Material zu Anlagen beibringen zu können“. 6. Wenige Stunden vor Beendigung der zweiten ständigen Haftstrafe Schleifsteins ist vor dem Polizeiamt eine aus mehreren hundert Personen bestehende Menge erschienen, welche die sofortige Entlassung Schleifsteins begehrte und erzwirkte. Die Führer dieser Menge werden sich bedauern demnach noch vor dem hiesigen Strafgericht zu verantworten haben, nachdem ihnen vor wenigen Tagen von der Staatsanwaltschaft Leipzig die Anklage gestellt worden ist. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig. (Hr.) Dr. Rudolph, Polizeidirektor.

Die vorstehende „Berichtigung“ ist von Juristen abgefaßt. Wenn sie trotzdem so lehrhaft ausfallen ist und so sehr das Gedächtnis einer Verlegenheitsarbeit trägt, ist bezeichnend, weil die Tatsachen, auf die es ankommt, durch keine „Berichtigungen“ und keinerlei Berichtigungsveruche aus der Welt geschafft werden können. Wir hatten ein Idealbild vor uns, dessen Gehalt unbestreitbar ist. Daraus ging hervor: 1. Daß militärische Spindel einem Jakob Schleifstein nachspürten. 2. Daß der berichtende Spindel in Verbindung steht mit einem Assessor Hauber von der politischen Polizei in Leipzig. 3. Daß dieser Assessor Hauber durch seine Auskünfte — ob es sich um antilich oder um private unter Verletzung des Amtsgeheimnisses handelt, sei dahingestellt — die Tätigkeit dieser Spindel, die im Dienste der gegenrevolutionären Spindelorganisation der lappischen Offiziere arbeitete, unterstützt hat. Daran haben wir die Bemerkung geknüpft, daß dieser Herr Hauber seine Befähigung als Beamter der politischen Polizei bei der Anwesenheit Schleifsteins bewiesen habe durch seine Anreizung zu Geschwätigkeiten. Davon wird nichts durch die Berichtigung entkräftet. Was will diese „Berichtigung“ eigentlich richtigstellen? Zu 1. Das hat niemand behauptet. Die Tatsache aber, daß Hauber in Verbindung mit Spindeln steht und ihnen Auskünfte gibt, wird nicht bestritten. Zu 2. und 3. Die Verhaftungsfaktion des Leipziger Polizeiamts gegen Schleifstein war ein politischer. Schleifstein wurde verhaftet auf Ersuchen des gegenrevolutionären Danziger Generalkommandos, das ihn aus politischen Gründen suchte. Das Leipziger Polizeiamt war davon durch den Untersuchrichter unterrichtet. Zu 4. Etwas anderes ist nicht behauptet worden. Es wird aber nicht bestritten, daß Hauber zur politischen Polizei gehört. Zu 5. Anlässlich einer Besprechung, die auf dem Leipziger Polizeiamt zwischen Polizeirat Engelbrecht, Assessor Hauber, dem Untersuchrichter und 2 Kommunisten über die Angelegenheit Schleifstein stattfand, sagte Assessor Hauber: „Ich habe mich gewundert, daß ich Schleifstein wiedergesehen habe. Ich glaube ja schon, ich würde meine beiden Beamten, die ihn nach der Emittentstraße gebracht haben, allein wiedersehen. Ich hatte ihn ja, wie Sie wußten, fünflich 8 Uhr von nur zwei Beamten zu Fuß mitführen lassen.“ Deutscher durfte er freilich nicht werden, wollte er sich nicht selbst strafbar machen. Zu 6. Der Tatbestand, den die Berichtigung völlig falsch darstellt, wird vor Gericht klargestellt werden können. Was bleibt also von der Berichtigung übrig. Nach wie vor steht fest: Es besteht eine politische Polizei in Leipzig, zu der Assessor Hauber gehört. Assessor Hauber hat die Spindelstätigkeit durch Angaben unterstützt. Er hat zu Geschwätigkeiten angezogen. Curt Meyer.

Die vorstehende „Berichtigung“ ist von Juristen abgefaßt. Wenn sie trotzdem so lehrhaft ausfallen ist und so sehr das Gedächtnis einer Verlegenheitsarbeit trägt, ist bezeichnend, weil die Tatsachen, auf die es ankommt, durch keine „Berichtigungen“ und keinerlei Berichtigungsveruche aus der Welt geschafft werden können. Wir hatten ein Idealbild vor uns, dessen Gehalt unbestreitbar ist. Daraus ging hervor: 1. Daß militärische Spindel einem Jakob Schleifstein nachspürten. 2. Daß der berichtende Spindel in Verbindung steht mit einem Assessor Hauber von der politischen Polizei in Leipzig. 3. Daß dieser Assessor Hauber durch seine Auskünfte — ob es sich um antilich oder um private unter Verletzung des Amtsgeheimnisses handelt, sei dahingestellt — die Tätigkeit dieser Spindel, die im Dienste der gegenrevolutionären Spindelorganisation der lappischen Offiziere arbeitete, unterstützt hat. Daran haben wir die Bemerkung geknüpft, daß dieser Herr Hauber seine Befähigung als Beamter der politischen Polizei bei der Anwesenheit Schleifsteins bewiesen habe durch seine Anreizung zu Geschwätigkeiten. Davon wird nichts durch die Berichtigung entkräftet. Was will diese „Berichtigung“ eigentlich richtigstellen? Zu 1. Das hat niemand behauptet. Die Tatsache aber, daß Hauber in Verbindung mit Spindeln steht und ihnen Auskünfte gibt, wird nicht bestritten. Zu 2. und 3. Die Verhaftungsfaktion des Leipziger Polizeiamts gegen Schleifstein war ein politischer. Schleifstein wurde verhaftet auf Ersuchen des gegenrevolutionären Danziger Generalkommandos, das ihn aus politischen Gründen suchte. Das Leipziger Polizeiamt war davon durch den Untersuchrichter unterrichtet. Zu 4. Etwas anderes ist nicht behauptet worden. Es wird aber nicht bestritten, daß Hauber zur politischen Polizei gehört. Zu 5. Anlässlich einer Besprechung, die auf dem Leipziger Polizeiamt zwischen Polizeirat Engelbrecht, Assessor Hauber, dem Untersuchrichter und 2 Kommunisten über die Angelegenheit Schleifstein stattfand, sagte Assessor Hauber: „Ich habe mich gewundert, daß ich Schleifstein wiedergesehen habe. Ich glaube ja schon, ich würde meine beiden Beamten, die ihn nach der Emittentstraße gebracht haben, allein wiedersehen. Ich hatte ihn ja, wie Sie wußten, fünflich 8 Uhr von nur zwei Beamten zu Fuß mitführen lassen.“ Deutscher durfte er freilich nicht werden, wollte er sich nicht selbst strafbar machen. Zu 6. Der Tatbestand, den die Berichtigung völlig falsch darstellt, wird vor Gericht klargestellt werden können. Was bleibt also von der Berichtigung übrig. Nach wie vor steht fest: Es besteht eine politische Polizei in Leipzig, zu der Assessor Hauber gehört. Assessor Hauber hat die Spindelstätigkeit durch Angaben unterstützt. Er hat zu Geschwätigkeiten angezogen. Curt Meyer.

## Die Wahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 27. April. Die Wahlen zum Folketing hatten folgenden Charakter: Liberale 48 Mandate (Gewinn: 4 Mandate), Sozialisten 42 Mandate (Gewinn: 4 Mandate), Konservativen 36 Mandate (Gewinn: 7 Mandate), Radikale 17 Mandate (Verlust: 15 Mandate), Erwerbspartei 4 Mandate (Gewinn: 3 Mandate), Freie Sozialdemokraten, Unabhängige Rechte, Unabhängige Radikale je 1 Mandat Verlust. Die Farmer (1 Sitz) wählen später. Das Wahlergebnis bedeutet eine Niederlage der Radikalen Partei, die bisher das Ministerium Jørgen gebildet hat. Das Kopenhagener Organ der Sozialisten nennt die Wahlen ein nicht unübersehendes Urteil über die verkehrliche Politik, die das Ministerium Jørgen in der zweiten (Schleifstein) Jørgen habe durchzuführen wollen. Sozialdemokraten schreibt, wahrscheinlich werde die Finte nun die Regierung bilden, möglicherweise zusammen mit den Konservativen. Sie werde aber eine außerordentlich schwierige Stellung in der nordischen Frage haben anlässlich vieler zu weitgehender Forderungen. Wie eine weitere Meldung aus Kopenhagen besagt, wird der König sofort mit den Parteiführern wegen der schmerzlichen Bildung eines parlamentarischen Ministeriums in Verbindung treten. Im

allgemein zeigt der Verlauf der Wahlen, daß die sozialistische Bewegung in weiteren Kreisen der dänischen Bevölkerung Wurzel gefast hat.

## Deutschland.

### Die Regierung und das Ausnahmegericht gegen die Presse.

Die Regierung, die an der Spitze der freiesten Republik der Welt steht, will das Ausnahmegericht gegen die Presse durchaus nicht preisgeben. Aber sie hat es „reformiert“. Die Anordnungen zur Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung“ werden künftig von Reichskommissaren getroffen, die vom Reichsminister des Innern ernannt werden. Als Beschwerdebefugnis, die über Zeitungspresse zu entscheiden hat, gilt ein Ausschuss, den der Reichsminister aus seiner Mitte wählt. Eingereicht ist die Beschwerde beim Reichsminister des Innern. Was stattdessen dabei herauskommt, ist abzuwarten. Bestehen bleibt der Stand des Ausnahmegerichts gegen die Presse.

### Eine neue antisemitische Partei.

„Nationaldemokratische Partei“ nennt sich eine antisemitische Gruppe, die sich zu einer „Partei“ aufgeschlossen hat. Sie will daselbe, wie die Deutschnationalistische Partei, aber sie ist gegen die Demokratie. Sie will daselbe, wie die Deutsche Volkspartei, aber sie ist antisemitisch. So heißt es fast wörtlich in einem Flugblatt dieses neuen Unternehmens. Aufschneidend glauben die Männer der neuen Partei, somit doch nicht genügend Anzugskraft ausüben zu können. Denn in einer anderen Gründungsversammlung, in der ein ähnliches Merkmal angeboten wurde, sollte man auf den Beitragszetteln den Namen Nationaldemokratische Partei überlesen, an deren Stelle die „Großdeutsche Freiheitspartei“ empfohlen wurde. Die Neugründung ist, wie alle antisemitischen Gründungen, eine Spekulation auf die, die nie da werden. Interessant wäre es, einmal festzustellen, wieviele antisemitische „Parteien“ in Deutschland seit der Zeit gegründet worden sind, da einst die Süßer und Altmeyer mit diesem undankbaren Geschäft begonnen haben.

### Säuberung in Ostpreußen.

Wie mitgeteilt wird, haben in Ostpreußen Beurteilungen und Säuberungen von Landräten stattgefunden. Die Landräte Schumann-Jüterburg, Dr. Albert-Anackerburg, von Marius-Darlehmen, Regierungsrat Dr. Schmiege-Villwall, Dr. Simon-Buminnen und Dr. Constantin-Labiau sind beurlaubt, die Landräte Freilich-Schult von Nesterode-Stallupönen, Jankow-Kagnit und der stellvertretende Landrat Dr. Voll-Niederung Heinrichswalde sind vom Dienst suspendiert worden.

### Der Nachfolger Walkers.

Zum Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 6 ist vorläufig vom Reichswehrministerium an Stelle des Generals v. Walker der Kommandeur der Reichswehrbrigade 31, Generalmajor v. Canse, bestellt worden.

### Wiederaufnahme des Verkehrs mit Polen.

Nach der Post, Sta. ist der Personenverkehr mit Polen und dem polnischen Korridor wieder aufgenommen worden. Nur der Güterverkehr läuft noch. Dagegen ist der Post-, Telegraphen- und Fernsprecheverkehr mit Polen wieder aufgenommen worden.

### Fernsprecheverkehr mit Frankreich.

Zwischen Deutschland und der französischen Regierung ist die Vereinbarung getroffen worden, den Fernsprecheverkehr zwischen den beiden Ländern am 1. Mai wieder aufzunehmen.

### Unser Offener Parteiblat vor dem Kriegsgericht.

Essen, 27. April. Der Chefredakteur des Ruhr-Echos, des Organs der U. S. P. D., Th. Sachse, ist heute vom außerordentlichen Kriegsgericht wegen Verstoßens gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Ausreizung zum Ungehorsam) zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen worden.

### Der Schwindel über den Putsch in Essen.

Aus Essen wird gemeldet: Ein Berliner Mittagblatt brachte gestern die Meldung von einem angeblichen Putschversuch, der sich gegen die neugebildete Gliederbewegung richtete. Wie die U. S. P. D. an unabhängiger Stelle erfährt, hat sich die Meldung bisher nicht bestätigt.

### Enorme Broterhöhung in Berlin.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlins beschloß, den Preis des 1900-Gramm-Brottes auf 4.50 Mark festzusetzen. Neu kostet dieses Brot 2.65 Mark.

### Ablehnung der Postgebührenvorlage durch den Reichsrat.

Aus Berlin wird berichtet: Der Reichsrat lehnte gestern die von der Nationalversammlung mit geringer Mehrheit beschlossene Postgebührenvorlage wegen des darin angenommenen Frankierungszwanges für die Landbesitzer ab.

Nun muß die Nationalversammlung nochmals zu der Vorlage Stellung nehmen. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß die Gebührenerhöhung bereits am 1. Mai in Kraft treten kann.

### Rücktritt des Reichsverkehrsministers.

Berlin, 27. April. Nachdem die Vereinfachung der Eisenbahnen von der Nationalversammlung perabschiedet worden ist, hat Minister Beck seine Aufgabe als erledigt angesehen und dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Gemäß der bei der Bildung des Kabinetts getroffenen Abrede übernimmt der Staatsminister Bauer das Reichsverkehrsministerium. Die Übernahme erfolgt auf Wunsch aller drei die Regierung bildenden Parteien. Das Reichsverkehrsministerium wird vor den Wahlen nicht mehr befaßt. Bauer hat sich bereit erklärt, das Amt kommissarisch zu verwalten.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Blutige Zusammenstöße in Salzburg.

Zugano, 27. April. In Salzburg und Umgebung ist es nach Berichten des Messagers zu blutigen Straßenkämpfen gekommen. In Salzburg wurde eine kommunistische Volksversammlung, die den Generalstreik verkünden wollte, durch die Polizei angegriffen. Ein Polizeier hatte auf die Menge geschossen, worauf diese ihn umbrachte. Bei der Verteilung des Verletztens durch die Polizei wurden 18 Personen getötet und 70 verletzt. In Salzburg schossen die Truppen mit Maschinengewehren auf die Demonstranten. Besonders blutig war der Kampf vor dem Hotel Wostan. Es gab dort 100 Tote. Der Generalstreik ist beendet. Sämtliche Eisenbahnen wurden verhaftet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Detlev v. Lützner in Leipzig. Verantwortlich für den Ankerenteil: Friedrich Wille, Vordorfer-Verlag. Druck und Vertrieb: Leipziger Ankerdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig. Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

# Mai-Feier 1920

## Hand- und Kopfarbeiter Leipzigs!

Am 1. Mai demonstriert das Proletariat aller Länder  
gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung!  
gegen die Barbarei des Militarismus!  
gegen das ganze kapitalistische System!

für den Achtstundentag und erhöhten Arbeiterschutz!  
für Völkerfrieden und Völkerverbrüderung!  
für den Sozialismus!

Proletarier Leipzigs, bekundet am 1. Mai einmütig Eure Solidarität mit dem internationalen revolutionären Proletariat.

Demonstriert in den

## Massen-Versammlungen

am 1. Mai, vormittags  $\frac{1}{2}$  10 Uhr, in folgenden Lokalen:

### Innere Stadt:

Volkshaus, Zentraltheater und Pantheon

### Süd-Bezirk:

Connewitz: Goldene Krone  
Döllitz: Gasthof zum Reiter  
Oetzsch: Gasthof zur Linde  
Zwenkau: Goldener Adler  
Rötha: Stadt Leipzig Nachm. 2 Uhr

### Südost-Bezirk:

Stötteritz: Festhalle

### West-Bezirk:

Lindenau: Deutsches Haus  
Plagwitz: Felsenkeller und Westendhallen  
Kleinzschocher: Terrasse, Reichsverweser  
Leutzsch: Schwarzer Jäger  
Böhlitz-Ehrenb.: Ritterschlösschen für die Orte Böhlitz-Ehrenberg, Burghausen, Gundorf usw.  
Markranstädt  
Beginn: Nachmittags 1 Uhr

### Ost-Bezirk:

Neustadt: Neustädter Gasthof  
Sellerhausen: Schützenhaus  
Anger: Albertgarten u. Drei Mohren  
Stünz: Gasthof Stünz

### Nord-Bezirk:

Gohlis: Neuer Gasthof  
Eutritzsch: Gosenschlösschen  
Möckern: Goldener Anker  
Mockau: Alter Gasthof  
Wahren: Birkenschlösschen

Die sächsische Regierung ist der Forderung der Arbeiterschaft, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, nicht nachgekommen. Deshalb fordern wir alle Hand- und Kopfarbeiter auf, durch

## allgemeine Arbeitsruhe

die Forderungen des sozialistischen Proletariats wirksam zu unterstützen.

Ausser den Versammlungen am Vormittag finden am Abend in den nachstehend verzeichneten Lokalen Versammlungen verbunden mit künstlerischen Darbietungen statt, bei denen das gesamte Theater-Personal, die Städtischen Orchester, das Gewandhausorchester sowie die Arbeiter-Turn- und Gesang-Vereine mitwirken.

## Abend-Veranstaltungen

Künstlerische Darbietungen, Chorgesang, Rezitation, Musik sowie Rede und Plastische Darstellungen

### Innere Stadt:

Volkshaus, Zentraltheater, Auguste-Schmidt-Haus  
Beginn: Abends 8 Uhr

### Nord-Bezirk:

Gohlis: Neuer Gasthof  
Eutritzsch: Gosenschlösschen  
Möckern: Goldener Anker  
Mockau: Alter Gasthof  
Beginn: Abends 8 Uhr  
Wahren: Lunapark für die Ortschaften Wahren, Hänichen, Lützscha usw.  
Beginn: Abends 7 Uhr

### Aeusserer Osten:

Borsdorf: Rosenschlösschen  
Beucha: Reichskrone  
Beginn: Abends 7 Uhr

### West-Bezirk:

Lindenau: Deutsches Haus  
Plagwitz: Felsenkeller und Westendhallen  
Kleinzschocher: Terrasse, Reichsverweser  
Leutzsch: Schwarzer Jäger  
Beginn: Abends 8 Uhr  
Grosszschocher: Trompeter  
Böhlitz-Ehrenb.: Ritterschlösschen  
Beginn: Abends 7 Uhr  
Gundorf  
Abends 6 Uhr

### Südost-Bezirk:

Stötteritz: Festhalle  
Beginn: Abends 8 Uhr  
Holzhäuser: Sächsisches Haus  
Liebertwolkwitz: Gambrinus  
Beginn: Abends 7 Uhr

### Süd-Bezirk:

Connewitz: Goldene Krone  
Döllitz: Gasthof zum Reiter  
Oetzsch: Gasthof zur Linde  
Beginn: Abends 8 Uhr  
Markkleeberg: Mockers Gasthof für die Orte Crostewitz, Cröbern, Gaschwitz, Gross- und Kleinstädten, Markkleeberg  
Rötha: Stadt Leipzig  
Zwenkau: Kronprinz  
Beginn: Abends 7 Uhr

### Ost-Bezirk:

Neustadt: Neustädter Gasthof  
Sellerhausen: Schützenhaus  
Anger: Albertgarten u. Drei Mohren  
Stünz: Gasthof Stünz  
Schönefeld: Sächsischer Hof  
Abends 8 Uhr

Es wird nicht serviert.

Rauchen ist nicht gestattet.

Das Maikomitee.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 28. April.

Parteiangelegenheiten.

Waiseler.

Die Waiseler, die auswärts über die Waiseler sprechen, machen mir darauf aufmerksam, daß der Zugverkehr am Sonnabend vorwiegend dem städtischen Sonntagsverkehr gleichgestellt werden wird.

Parteileitung.

Donnerstag, den 29. April, nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 1, Parteileitungsbüro. Pünktlich erscheinen. Die Parteileitung der U. S. P. Leipzig.

Georg-Weiß, Donnerstag, 6 Uhr abends, Hauptvorstandssitzung mit dem Bildungsausschuß.

Mit-Weiß, Westen II, Freitag, den 30. 4., abends 1/8 Uhr, dringende Funktionärsitzung bei Schumann, Promenadenstr. 5, Malarten abzeichnen. Die Vertrauensleute.

Neuhäuser, Süden. Wichtige Funktionärsitzung Freitag, den 30. April, abends 8 Uhr, im Goldenen Adler Jenaerstr. Alle Funktionäre von Jena, Weitz, Eißel, Jekow, Jann, Köhler, Großhalsig, Giska, Wöbber müssen anwesend sein. Jeder Ortsverein muß unbedingt vertreten sein.

Anger. Alle Genossen, die sich zur Einwohnerwehr gemeldet haben oder noch melden wollen, treffen sich Donnerstag, den 29. April, abends 7 Uhr, im Restaurant Grüne Aue, Bernhardtstraße, zu einer Besprechung. Legitimationspapiere sind mitzubringen.

Ortsverein Plagwitz-Rindenu-Schlack. Alle Genossen, die sich zur Einwohnerwehr gemeldet haben oder sich noch melden wollen, treffen sich Donnerstag, den 29. April, abends 7 Uhr, in den Westendböden, Plagwitz. Militärpaß, Partei- und Gewerkschaftsbuch sind mitzubringen.

Karick-Abteilung! Karickversammlung am Donnerstag, den 29. April 1920, abends 7 Uhr, im Volkshaus und am Freitag, den 30. April 1920, abends 7 Uhr, im Restaurant Engelstor, Landauer Straße 25, Vortrag des Herrn Stadtschulrat Dr. Hülser, Neudörfen über die Kommunalisierung des Gewerbes. Die Gewerkschaftsvorstände sind hierzu eingeladen.

Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens

auf kapitalistischer Grundlage ist seit mehr als einem Jahre die Parole der Kapitalisten, Grundbesitzer und Rechtssozialisten. Arbeit! rief man den Proletariern zu. Gleichzeitig setzte eine Profitsucht ein, wie sie selbst im Kriege in so erschreckendem Maße nicht hervorgetreten war. Die Arbeiter sollten fleißig produzieren, damit die Kapitalisten sich noch mehr bereichern konnten. Was an Produkten vorhanden war oder geschaffen wurde, ging zum Teil nach dem Ausland; selbst Lebensmittel wurden in Menge abgeschoben, um hohe Gewinne einzuflecken. Die Reichen erzielten solche Profite, daß sie ein Schlemmerleben führen konnten. Der Proletarier, der noch wundtrotz an den Folgen des Krieges war, wurde noch mehr ausgebeutet. Er verarmte gänzlich, und heute sind weite Schichten der Hand- und Kopfarbeiter vollkommen ausgeplündert. Statt auf dem Boden des gesellschaftlichen Eigentums alle Kräfte der Gesellschaft zur Produktion für den Bedarf des Landes zusammenzufassen, um auf diese Weise das Wirtschaftsleben aufzurichten, wurde an der alten verderblichen Profitwirtschaft festgehalten. Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Wir kommen dem Zeitpunkt des völligen Zusammenbruchs der kapitalistischen Wirtschaft immer näher. Schon wissen Reich, Staat und Gemeinden nicht mehr ein noch aus. Das Riesendefizit wächst. Es fehlt an Deckung. Erfolgt nicht eine radikale Umgestaltung des Wirtschaftslebens, so haben wir mit noch größerer Arbeitslosigkeit, mit vermehrter Not zu rechnen. Dazu kommen in den nächsten Monaten die Preise für die Produkte der neuen Ernte, die das Brot, die Kartoffeln, das Fleisch ganz gewaltig verteuern. Für höhere Löhne und Gehälter, die schon jetzt unzureichend sind, wird dann wieder der heftigste Kampf entbrennen müssen, wenn das Proletariat nicht verhungern soll. Obwohl auch dem denkfaulsten Spießer und fettesten Kapitalisten die Einsicht gekommen sein müßte, daß es so nicht weitergehen kann, will man an der kapitalistischen Wirtschaft unbedingt festhalten. Sie wird zäh verteidigt, und das viele kostbare Arbeiterblut ist hauptsächlich

deshalb geflossen, weil der Kapitalismus nicht weichen, sondern die Ausbeutung aufrechterhalten will.

Wir gehen jetzt den Reichstagswahlen entgegen. In wenigen Wochen wird die Bevölkerung an die Wahlurne gerufen. Die Situation dürfte für das Proletariat völlig klar sein. Alle bürgerlichen Parteien wollen die verderbliche Profitwirtschaft unter keinen Umständen aufgeben. Sie stellen sich schützend vor den Geldsack, vor die kapitalistische Ausbeutung; das Hungernde, von allem entblößte Proletariat versuchen sie mit einigen Phrasen abzuspeisen. Hoffen wir, daß die Zeit vorbei ist, wo die Wählermassen noch auf solche Worte ihre Hoffnung setzten.

Nicht Redensarten, sondern Taten können dem Proletariat helfen, und es kann nur vor dem Untergang bewahrt werden, wenn die Wirtschaft im sozialistischen Sinne umgestaltet wird, wobei zuerst die Bergwerke, die Kraftquellen der Produktion, die hochentwickelten großindustriellen Betriebe, die landlichen Großbetriebe sozialisiert werden müssen. Dies Programm muß durchgesetzt werden. Der Anfang muß unverzüglich gemacht werden. Wir haben zu verzeichnen, daß allein die U.S.P. mit einem sehr klaren Programm in den Wahlkampf getreten ist. Auch die Rechtssozialisten können sich zu solchen bestimmten Forderungen nicht aufschwingen. Ihre Wahlparolen sprechen wohl von Sozialismus, Sozialisierung, hüten sich aber, bestimmte Vorschläge zu machen. Nicht einmal die Forderung der Gewerkschaften, die Sozialisierung des Bergbaues, haben die Rechtssozialisten in ihr Wahlprogramm aufgenommen.

Das alles beweist, wie notwendig eine starke U.S.P. ist, und wie wichtig die Agitation gerade in der Zeit des Wahlkampfes für die U.S.P. ist. Die beste Waffe in diesem Kampfe ist die Presse der U.S.P.

Arbeiter! Arbeiterfrauen! Ihr werdet für den Sozialismus, ihr könnt den Kapitalismus empfindlich treffen, wenn ihr für einen großen Bekretis der U.S.P. Presse sorgt. Die Leipziger Volkszeitung ist bekannt als altes bewährtes Kampfblatt des Sozialismus. Sie verbreitet Aufklärung über die Sozialisierung; sie führt den Kampf mit den Gegnern des Proletariats, mit allen Scheinsozialisten. Ihr braucht im Wahlkampf diese so wichtige und unentbehrliche Waffe.

In alle Proletariatswohnungen gehört die Leipziger Volkszeitung!

Wir wollen leben!

Goethe sagt einmal bei irgendeiner Gelegenheit, man solle keinen Tag vorübergehen lassen, ohne sich an einem schönen Gebirge, einem fröhlichen Gedanken, einem guten Gemüte oder einem wertvollen Musikstück zu erfreuen und so das Gewöhnliche und Alltägliche zu adeln. Manche feinsinnigen Lehrer handeln in manchen Schulen nach dieser Lebensweisheit und beginnen den täglichen Unterricht mit einem Singspruch oder einem Gedicht, das dem Unterrichtsthema des Tages angepaßt und geeignet ist, die manchmal so graue Theorie mit Glanz und Schimmer zu umkleiden und die gewünschte Stimmung zu erzeugen. So wohl so gut. Was soll man aber dazu sagen, wenn an manchen Schulen trotz Befreiung des Religionszwanges die Kinder gezwungen werden, jeden Tag ein Morgengebet herzusagen? Und was sagt man gar dazu, daß an der Städtischen Schule für Frauenberufe eine fromme Beschwönerin den Unterricht im Maschinenzeichnen (!) nicht besser einleitet, weil sie mit den Worten: "Wir wollen leben!" und nun jeden Tag eine andere der 18-jährigen Schülerinnen ein Gebet auflesen läßt, unbekümmert darum, ob das Gebet entmenschten jungen Mädchen behagt oder nicht? "Häßen wir denn unser Schicksal, damit unsere Töchter lernen?" schreibt und ein entrüsteter Vater, "was sagt denn das Leipziger Schulamt dazu?" Das Leipziger Schulamt, verehrter Leser, das sagt aus vollem Herzen "Amen!" dazu. Denn was soll man auch von der Frau Admann anders verlangen, in der es jetzt noch möglich ist, daß die Einweihung der 8. Oberrealschule mit dem gemeinsamen Gesange des Chorals "Gott, deine Güte reicht so weit" begonnen wurde. — Nun ist uns zwar von der Leitung der Schule für Frauenberufe berichtet worden, daß jener Brauch abgeschafft werden soll. Wohl ist der Arbeiterkampf aber die Augen offen zu halten und eine besondere Aufgabe der Elternräte ist es, dem Direktor in den Schulen aber gründlich zu verdeutlichen und den weiblichen und männlichen Beschäftigten ausgiebig die Wahrheit zu sagen!

Elternräte.

Das Uebergangsschulgesetz für Sachsen, steht u. a. die Bildung von Elternräten an den Volksschulen vor. Im § 11 des Gesetzes heißt es:

Zur Pflege eines guten Einvernehmens zwischen Schule und Haus können an den einzelnen Schulen Elternräte gebildet werden.

Die Wahl des Elternrats erfolgt durch eine Elternversammlung, zu der die Lehrerschaft kurz nach Beginn eines Schuljahres einläßt.

Der Zeitpunkt der Wahl ist fest gekommen. Überall dort, wo etwa die Lehrerschaft mit der Ausführung abwartet, müssen unsere Genossen zur Wahl drängen. Dabei muß alles verhindert werden, was Eltern und Lehrer voneinander trennen könnte. Die Elternräte sollen dazu dienen, Haus und Schule zu fruchtbarer Arbeit zusammenzubringen, nicht aber sie zu entzweien.

Ueber die Art und Weise, wie die Wahlen vorgenommen werden sollen, enthält das Uebergangsschulgesetz fast keine Bestimmungen. Klar ist lediglich ausgesprochen, daß die Wahl durch eine Elternversammlung kurz nach Beginn des Schuljahres zu erfolgen hat.

Ueber die Art des Wahlverfahrens ist im Schulgesetz nichts gesagt. Die Elternversammlungen haben darin völlig freie Hand. Das örtliche Bedürfnis wird dafür entscheidend sein müssen.

Wahlberechtigt sind alle Erziehungsberechtigten, die schulpflichtige Kinder haben. Bei Verheirateten kann Mann und Frau wählen. Unverheiratet ist es, daß solche Eltern wählen, die ihre Kinder in andere oder höhere Schulen schicken. Das ist deshalb nötig zu sagen, weil dies noch als gewordenen Mitteln dort versucht worden ist, wo die üblichen Elemente der Hauptstadt leben.

Wahlberechtigt ist jede volljährige männliche und weibliche Person, die das Wahlrecht besitzt.

Wenn auch den Elternräten nur bescheidene Befugnisse angedacht worden sind, so müssen sich unsere Genossen doch überall an den Wahlen beteiligen. Die Elternräte können ein Mittel werden, um unsern Einfluß auf die Ausgestaltung des Schulwesens auszuüben, neue Anregungen zu geben und Lehrer und Elternschaft zum Vorteil der Erziehung näherzubringen. Die Beteiligung an den Wahlen ist um so wichtiger, als ja die ganze Einrichtung der Elternräte zunächst nur einen Versuch darstellt. Die Elternräte werden in Zukunft weiter ausgebaut und mit größeren Rechten ausgestattet werden müssen. Jetzt gilt es zu beweisen, daß die Elternräte bloß auf sie gesehen Hoffnungen zu erfüllen vermögen.

Die U. S. P. legt Beirufen.

In einem Flugblatt, betitelt "Klassenkollaborat oder Parteikasse" verurteilt die U. S. P. die Arbeiterkassen für die Interessen der U. S. P. einzufangen. Bekanntlich hat die Zentralleitung der U. S. P. Ende letzten Jahres ihren Kurzus erlassen, der zur Unterstützung der Opfer der Revolution aufrief. Da nun die Arbeiterkassen diesen Kurzus in oysterwilliger Weise Folge leisteten, glaubte die U. S. P., diese Opferwilligkeit für sich ausnutzen zu können, indem sie der Bezirksleitung der U. S. P. Leipzig vorschlug, die gesammelten Gelder der U. S. P. und die der U. S. P. zusammenzulegen, gemeinsam zu verwalten, und stellte obenstehend nach dem Ansehen, aus diesen Fonds die Prozeduren der U. S. P. zu begleichen.

Die Bezirksleitung der U. S. P. lehnte solches Ansehen ab, da der Kurzus zur Unterstützung der Opfer von der U. S. P. ausgegangen sei, und die U. S. P. die Verantwortung für die Verwaltung dieses Fonds trage. Sie ist weiter der Ansicht, daß aus diesem Fonds in erster Linie die Not der Familien und der Opfer selbst zu lindern ist, und das wird auch die Meinung der Spender sein. Dieses ist in weitgehender Weise geschehen, ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit.

Die U. S. P. ist aber noch nie vor der Auffassung, daß etwaige Prozeduren, die der U. S. P. als Partei erwachsen und zum Teil weit zurückliegen, von der U. S. P. als Partei selbst getragen werden müssen.

Deshalb Arbeiter und Genossen, laßt euch durch die Querschnittsbereien der Kommunisten nicht irreführen, es gilt ernsthafte Arbeit zu leisten, als sich an Verbindungen mit Querschnittsbereien einzulassen.

Die Kommunalisierung des Fleischergewerbes. Unter dieser Epithete brachten wir in Nr. 67 eine Notiz, zu der uns Genosse Breihner schreibt: In der Notiz heißt es, der Rat scheint sich die Sache sehr leicht zu machen usw. Ich weiß nicht, was der Einsender dieser Notiz erzielen will. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Nachdem das Stadtdirektorienkollegium die Kommunalisierung der Fleischerzergerei für die Stadt Leipzig beschlossen hat, ist es zunächst Sache des Rates, eine diesbezügliche Vorlage auszuarbeiten. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es ein starker Irrtum, wenn man meint, daß die Kommunalisierung der Fleischerzergerei vom Erzeuger bis zum Verbraucher für eine einzelne Stadt ohne gesetzliche Unterlagen durchgeführt werden könnte. Um nun festzustellen, inwieweit eine solche Maßnahme zur Zeit möglich ist, hat eine ganz unverbundene Aussprache stattgefunden, an der selbstverständlich auch Gegner eingeladen waren. Als Ergebnis der Aussprache wurde von den Vertretern des Zentralverbandes der Fleischer erklärt, daß die Schlachtungen des Viehes in rüstliche Regie genommen werden müßten und die Fleischverteilung aus den Händen der Bereinigung für Talg- und Fettverwertung in die Hände des Vereins der Engroschlächter unter Mitwirkung von Vertretern des Zentralverbandes gelegt werden soll. Also die Fleischverteilung an die Fleischermelster, soll nur in einem Wechsel in der Firma bestehen und im übrigen beim alten bleiben, denn die Talg- und Fettverwertung ist Eigentum der Fleischermelster, und die Mitglieder des Vereins der Engroschlächter sind ebenfalls Innungs-

Der Jahrmarkt des Lebens.

Ein Roman ohne Selben von William Makepeace Thackeray.

Jahreswunderliches Kapitel.

Wozin alle Hauptpersonen es sich angemessen halten, Brighton zu verlassen.

Zu den Damen im Brighton-Hotel gehörte, nahm Kapitän Dobbin ein solches, gesprächiges Wesen an, das bewies, daß der junge Offizier täglich eine größere Fertigkeit in der Deutscher erlangte. Er versuchte, seine geheimen Gefühle zu verbergen, erwiderte, als er Frau Georg Osborne in ihrem neuen Stande sah, und zweifelnd, um seine Bekundungen über die Wirkung, die von ihm mitgebrachten transigen Nachrichten auf sie haben würden, zu maskieren.

"Ich bin überzeugt, Georg", sagte er, "daß der französische Kaiser mit seinem ganzen Heere, ehe drei Wochen vorüber sind, und angreifen und dem Herzog einen solchen Tanz aufspielen wird, daß Spanien ein Rinderstiel dagegen gewesen ist. Du brauchst dies aber dem Frau nicht zu sagen, hörst du? Vielleicht kommen wir gar nicht zum Kampfe und unsere Tätigkeit in Belgien erweist sich als eine bloße militärische Okkupation. Viele Personen denken so, und belächeln es voll von seinen Leuten und weiblichen Damen. Man kann daher überlegen, die Aufgabe der britischen Armee in Belgien Amalien in diesem harmlosen Lichte darzustellen.

Nach Arrangierung dieser Verschönerung begriffte der heiterliche Dobbin Frau Georg Osborne äußerst munter, versuchte ihr ein paar Komplimente über ihren neuen Stand als junge Frau zu machen (welche Komplimente, wie bekannt werden muß, äußerst ungeheuerlich waren und erdarmlich von der Platte brannten), und machte sich dann daran, von Brighton und der Seeluft, den Vergnügungen des Ortes, den Schönheiten des Meeres, den Vorzügen des Postwagens und der Pferde zu sprechen, so daß er Amalien völlig ungeduldig, der Frau Crawley aber, die den Kapitän wie jeden andern, der in ihre Nähe kam, beobachtete, äußerst amüsiert erschien.

Näher hatte, wie wir betonen mußten, eine sehr geringe Meinung von dem Freunde ihres Mannes. Er ließ sich mit der Zunge an, war höflich und ungenügend unbeholfen und verlegen. Sie hatte ihn wegen seiner Unhänglichkeit an ihren Gatten (worin allerdings ein sehr geringes Verdienst lag) gern, und hielt Georg für äußerst

edelmütig und gütig, daß er seinem Kameraden keine Freundschaft gewährt. Georg hatte in ihrer Gegenwart Dobbin's Lippen und selbstige Manieren oftmals verpörrt, wiewohl er, um ihm Gerechtigkeit anzuehnen zu lassen, stets mit größter Achtung von den guten Eigenschaften seines Freundes sprach. In der kurzen Zeit ihres Triumpfes, und wo sie den ehrlichen William noch nicht genau kannte, kümmerte sie sich wenig um ihn — und er kannte ihre Ansichten sehr gut, und beruhigte sich sehr demütig dabei. Es kam eine Zeit, wo sie ihn besser kennen lernte, und ihre Meinung über ihn änderte; diese war aber noch fern.

Was Redetta betrifft, so war Dobbin noch keine zwei Stunden in der Gesellschaft der Damen, als sie sein Geheimnis schon vollkommen kannte. Sie konnte ihn nicht leiden, und fürchtete ihn im geheimen, und er war ebensoviele zu ihren Sinnen eingenommen. Er war so eifrig, daß ihre Ränke und Katalorien ihn nicht beunruhigten, und schloß sich inständig von ihr abgezogen. Und da sie keineswegs so hoch über den Schwärmen ihres Geschlechts stand, daß sie nicht eifersüchtig gewesen wäre, so hatte sie ihn wegen seiner Anbetung Amalien um so mehr. Dessenungeachtet war ihr Benehmen gegen ihn äußerst achtungsvoll und herzlich. Ein Freund der Osborne! Ein Freund ihrer teuersten Waise! Sie schwor, daß sie ihn stets aufrichtig lieben würde; sie erinnerte sich seiner von dem Varrhall-Abend her noch ganz gut, wie sie Amalien schelmisch sagte, und machte sich ein wenig über ihn lustig, als die beiden Damen auf ihrem Zimmer waren; um sich zum Essen umzusetzen. Nachdem Amalien sich fast gar nicht um Dobbin, und betrachtete ihn als einen gutmütigen Dummkopf und höchst erzwungenen Kränzerjohn. Joseph begünstigte ihn mit vieler Würde.

Als Georg und Dobbin allein in dem Zimmer des letzteren waren, wobei ihn Osborne gefolgt war, nahm Dobbin aus seinem Beutel den Brief, mit dessen Abgabe er von Herrn Osborne beauftragt worden war. "Es ist nicht meines Vaters Handschrift," sagte Georg mit unruhigen Blicken; auch war dies nicht der Fall. Der Brief kam von Herrn Osbornes Notar und lautete wie folgt:

Gehehrter Herr!

Ich bin von Herrn Osborne beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er bei dem Entschlusse beharrt, bei er früher gegen Sie ausgesprochen hat, und daß er infolge der Verbindung, die Sie geschlossen haben

von nun an aufhört, Sie als Mitglied seiner Familie zu betrachten. Dieser Entschlus ist noch reiflicher Ueberlegung gefaßt und unabwehrlich.

Dowohl das während Ihrer Minderjährigkeit auf Sie verwendete Geld, und die in den letzten Jahren so reichlich auf Herrn Osborne gezogenen Wechsel zusammen bei weitem die Summe, zu der Sie berechtigt sind, (den dritten Teil von dem Vermögen Ihrer Mutter, der verstorbenen Frau Osborne, das nach ihrem Tode Ihnen, sowie dem Fräulein Johanna Osborne und Maria Franziska Osborne zufiel), übersteigen, so bin ich doch von Herrn Osborne beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er allen Ansprüchen auf Ihr Vermögen entsagt, und daß die Summe von 2000 Pfund Sterling vierprozentiger Staatspapiere zu ihrem jetzigen Kurse (als Ihr Drittel-Anteil an der Summe von 6000 Pfund Sterling) an Sie oder Ihren Agenten gegen Darlegung ausgezahlt werden soll von Ihrem gehorsamen Diener

P. S. Herr Osborne ersucht mich, Ihnen ein für allemal zu sagen, daß er es ablehnt, Vorkassier, Briefe oder Mitteilungen von Ihnen über diesen oder irgendwelchen andern Gegenstand anzunehmen." (Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Hederaband Ella Steiner. Viele Anfängerinnen glauben, durch einen guten Begleiter können ihre Stimmängel verdeckt werden. Wahrheitsliebend gab sich auch Ella Steiner dieser Hoffnung hin, doch bei solch unangenehm Stimmübung, flackernder Höhe und wenig fest abgerundeter Tiefe mußte diese Hoffnung trügerisch sein, denn auch der beste Begleiter kann da nichts verdecken. Die paar hübschen Töne in der Mittellage bieten keine Gewähr für die Beherrschung von Meliken wie Brahms, Schalkowsky, Strauß und Erich Wolf. Hoffentlich ziehen andere Anfängerinnen eine Lehre daraus. Herr Paul Schramm war als Begleiter und Pianist vorzüglich. Er spielte die Chaconne Bach-Trifonis mit leichter pianistischer Hand, doch auch der kräftige Bach'sche Zug und die timere Tiefe kamen zu ihrem Recht. Das Induzierte wie die sechs Variationen über die Klänge von Weber

mitglied. Wenn das die Vertreter des Zentralverbandes Kommunalisierung nennen, so scheint mir, daß sie sich die Kommunalisierung der Fleischversorgung sehr leicht machen.

Karl Freyner, Stadtrat.

Die Lehrerschaft der 86. Volksschule erklärt zu der Notiz in Nr. 67 der Leipziger Volkszeitung über eine „kritische“ Lehrerin: In einer Konferenz vom 10. 4. 20 ist ausdrücklich betont worden, daß nach dem Willen der hochherzigen Stifter allein die körperliche Bedürftigkeit für die Auswahl zur Schulpflicht maßgebend sein soll. Die betr. Lehrerin hat also die gute Absicht der Spendierten völlig verkannt und nicht in ihrem Sinne gehandelt.

Die Krankengeldauszahlung erfolgt in dieser Woche bereits am 20. April und die Geschäftsräume der Allgemeinen Ortskrankenkasse bleiben für die Stadt Leipzig am 1. Mai geschlossen.

Einer armen Frau ist am 24. April auf der Messe ihr Geldschreiben mit Papieren und Markentafeln abhanden gekommen. Die Frau bittet dringend, Papiere und Marken an ihre Adresse, A. Meuter, Langha, Eilenburger Straße 78, zurückzuschicken.

Die Verelendung der Bevölkerung. Die Verschlechterung des Gesundheitszustands der Bevölkerung geht mit besonderer Deutlichkeit eine Auffassung, die das Reichsgesundheitsamt über die Krankheitsverhältnisse in der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin in den Jahren 1918 bis 1918 ausgearbeitet hat. Trotz der Einberufungen liegt die Zahl der männlichen Mitglieder in den drei Jahren von 1421 724 auf 1 502 821. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich mehr als verdoppelt, von 2 188 102 auf 4 518 548. Die Zahl der Krankheitsfälle auf je 1000 des durchschnittlichen Mitgliederbestands liegt bei den männlichen Mitgliedern von 1880 auf 14 829, bei den weiblichen von 1885 auf 10 308. Besonders lehrreich ist das Anwachsen einzelner Krankheiten. So liegt die Zahl der Krankheitsfälle bei Grippe bei den männlichen Mitgliedern von 1888 auf 18 151. Die ansteckenden Krankheiten vermehrten sich von 1889 auf 14 482. Bemerkenswert ist aber der Rückgang der Krankheiten der Verdauungsorgane von 1931 auf 1008. Auch die Gelenkerkrankungen fielen von 3749 auf 2118. Bei den Frauen liegt die Zahl der Erkrankungen an Grippe sogar von 4887 auf 42 080, hat sich also nahezu verdreifacht. Die Fälle von Blutzucker vermehrten sich von 7010 auf 12 442.

Vorsicht bei Reparaturen! Von einem Lindenauer Krat wird uns folgendes mitgeteilt: Vor einigen Wochen ließ ich ein aus Nubelholz bestehendes, etwa 8 Zentimeter langes und 4 Zentimeter hohes Stücken reparieren. Es hatten sich zwei Bretchen aus dem Krat gelöst. Wer beschreibe das Erstaunen meiner Frau, als der Vater den reparierten Gegenstand zurückschickte mit der quälendsten Rechnung, die sage und schreibe 12,50 Mark betrug! Solches volent muß meine Frau zahlen. Noch heute zurückkehrt, teile ich der Firma mit, daß ich sie erlaube, 0,50 Mark zurückzusetzen! Ich wäge kein Millionär, daß ich mit den Krat leisten könnte. Für eine Reparatur, die in Friedenszeiten 20 bis 30 Pf. gekostet hätte, den exorbitanten Preis von 12,50 Mark zu zahlen! Wobei ich ich neugierig wäre, ein Entschuldigtes von dem Obermeister der Tischlerzunft einzuholen usw. Darauf antwortete die Firma, „mein Schreiben wäre ihr ungenügend; sie sei gezwungen, Stundenlöhne von 6 Mark, bis 7,50 Mark zu zahlen (1); sie hätten nur die barem Kratagen (11) berechnet. Wenn ich das Geld notwendig brauche, b. L., wenn ich ein armer Teufel wäre, könnte ich die gemüllten 0,50 Mark an ihrer Kasse in Empfang nehmen. Die Unintelligenz dieses Vorkommnisses ist, daß jeder, der eine Reparatur irgendeines Gegenstandes zur Zeit vornehmen lassen will, im Interesse seines Geldbeutels gut daran tut, sich vorher nach dem Preise zu erkundigen, um vor unangenehmen Überraschungen bewahrt zu bleiben.“

### Lebensmittelliste für Donnerstag, den 29. April.

Für Haushaltungen.

Einleitung. Fleisch: Vester Tag — abzugeben Fleischmarken N 1-10, N 1-5.

Kartoffeln: abzugeben Kartoffelmatten G 1/G 1 für 4, bis 10. Mai (hinl. Pfund).

Ausgabe. Reis oder Milchsuppe: Vester Tag — bestellt mit 15 K der Lebensmittelkarte Reihe N, B 7 der Sonder-Lebensmittelliste für Kinder von sechs bis zwölf Jahren Reihe B, A 7 der Sonder-Lebensmittelliste für 12-18 Jahre alte Versorgungsberechtigte Reihe A, B 9 der Sonder-Lebensmittelliste für über 65 Jahre alte Versorgungsberechtigte Reihe B, SN N 2 der Sonder-Lebensmittelliste für Schwangere usw. (je zwei Pakete). 28. Kartenausgabe. Nr. 1901-1904.

Dr. Bödler.

Nährmittel usw. für Kinder bis zu 2 Jahren und Nährmittel für Schwangere: Bezugshelmentnahme. Saferknoten, Weisfloß und Mähren: Bezugshelmentnahme.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

### Eine reaktionäre Tat der Amtshauptmannschaft.

Nach der Rapp-Wulsch-Woche wurde auch in Raindorf vom Gemeinderat eine Ortswehr auf der mit der Regierung vereinbarten Grundlage gebildet.

In ihren Besten wurden die von den kämpfenden Arbeitern gesammelten, im Rathaus aufbewahrten Waffen übergeben. In der Zeit des Ausnahmezustandes wurde zweimal nach Waffen suchenden Abteilungen der Reichswehr diese Tatfache mitgeteilt; die betreffenden Offiziere gaben sich auch mit dieser

waren mit so feiner Vorliebe durchdringt, daß sich der Versuch des Konzerts schon des Pianisten wegen lohnte.

Delites Sinfoniekonzert der Reichlichen Kapelle. Diese moderne Musik, die durch drei verschiedene Künstlerpersönlichkeiten vertreten war, ist selten und befriedigend. Viel Farben, viel Stimmungen, viel gehäufte Wirkungen, all das zusammengefaßt, gefeiert zu einer Art Begeisterung, aber einer kalten, unperdlichen Begeisterung. „Mühsamer Mensch“ nennt ein Musikgeschichtler treffend diesen Zustand. Betrachten wir die Angelegenheit weniger pathetisch und erkennen wir, daß wir da eine Art Schwänzengefang vor uns haben, die letzten Stöße einer Kultur, die sich kampffähig selbst überboten will, um so ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen, deren Untergang aber nach dem ehernen Gesetz der Gesellschaftslehre besiegelt ist. Ob es notwendig, der österreichische Neuronautiker, ist, der in seiner Ballade für Orchester und Solo-Geselle geschmackvolle thematische Arbeit, aber auch nicht mehr gibt, ob Braunkohl mit stimmungsschweren Chinesischen Gefängen, ob endlich der Größte der drei, Gustav Mahler, mit seiner tyrillischen 4. Sinfonie: immer laßt unheilbar der Akt, der die neuere Musik vom pulsierenden Leben reißt. Auf keinem andern Gebiete der Kunst zeigt sich die Ideologie der bürgerlichen Klasse so, wie auf dem der Musik. Gustav Mahler, der Böhme, und Gustav Mahler, der Wiener Generalmusikdirektor, verbeutlich an augenfalligen, was ich meine. In seiner 4. Sinfonie kommt er uns ungeniebig nahe und fromm. Eine Legende, in die aber der tangende Mythos und die schleichende Melodie slavischer Volkskunst hineinklingt. Die hat der böhmische Musikant erlaubt. Aber dann kommt der Wiener Generalmusikdirektor und zwingt zu den Klängen, farbigen Volksweisen erschöpfende Selbstheiligkeiten, akademische Reklamittel von ausgefuchtester Art. — Das Gerar Orchester unter Heinrich Rabers Führung war auf der Höhe. Frau Velsler-Schmieders edler Sopran hob die Braunsfeldschen Gesänge glänzend aus der Taufe, und auch dem Mahlerschen Sopran solo ward ihre reise Kunst voll auf gewicht.

Sozialistischer Med. und Vesperabend. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Unterrichtslokal, Braustraße 17, Vortrag des Genossen Lehrer Bauer: Erziehungsprobleme im bolschewistischen Rußland. Sofern nichts anderes bekanntgegeben wird, finden die Veranstaltungen künftig regelmäßig Donnerstags in der Braustraße statt.

Erklärung zufrieden und ließen die Gewehre am Aufbewahrungsorte.

Nach der Aufhebung des Belagerungszustandes verfuhr die Amtshauptmannschaft mit allen möglichen Einwendungen, vom Gemeinderat wurde die Herausgabe der Waffen zu erlangen, was dieser ablehnte. Am Montag, dem 25. April, früh 5 Uhr, also zu einer Zeit, wo außer den diensttuenden Polizeibeamten noch niemand im Rathaus anwesend war, erschienen fünf Genarmen auf der Polizeiwache und verlangten auf Grund eines Ausweises der Amtshauptmannschaft die Herausgabe der Waffen.

In den Einwand des Beamten, er müßte erst den im Hause wohnenden Vorstand benachrichtigen, lehnten sich die Genarmen nicht, drangen vielmehr in die verschlossenen Räumlichkeiten des Rathauses ein und schafften die Waffen auf ein mitgebrachtes Gefährt. Von einem Gendarmen fielen dabei höhnische Bemerkungen.

In einer am Abend desselben Tages einberufenen öffentlichen Sitzung nahm der Gemeinderat mit Entzückung Kenntnis von dieser Waffenberaubung der Ortswehr. Diese reaktionäre Tat der Amtshauptmannschaft wurde von verschiedenen Seiten mit aller Schärfe gerandmarkt. In einer einstimmig gefaßten Erklärung an den Bezirksausschuß wurde gegen die Beauftragten der Amtshauptmannschaft die Anklage erhoben wegen Hausfriedensbruchs gefordert. Mit Nachdruck wird die sofortige Rückgabe der Waffen verlangt.

Endlich ist es dieser Behörde einmal gelungen, der unbotmäßigen U.S.-G.-Mehrsheit des Gemeinderates ein auszuweichen, nachdem man hiers schon versucht hat, das freie Entschleppungsrecht des Gemeinderates zugunsten einer Autokratie der Amtshauptmannschaft zu beschneiden. Die Schamacher am Orte werden hier für diese Heldentat gewiß schon ihren Dank abgestattet haben! Ob die Amtshauptmannschaft mit denselben Mitteln auch die Entwaffnung der Bauernwehren durchgeführt hat? Oder betrachtet sie sich als Handlanger der Militärclique, den Boden für einen neuen Rechtsputsch vorbereitend?

Bezug. Gemeinderatsitzung. Dem Frauenheim in Borsdorf und dem Verein Fürsorge für frange Arbeiter wurden für das Jahr 1920 je 50 Mark bewilligt. Von der Erwerbung der Mitgliedschaft bei der städtischen Bäder wurde wegen der bevorstehenden Einverleibung abgesehen. Als Abgeordnete zum städtischen Gemeinderat in Dresden wurden Gemeindevorstand Goldb und die Genossen Krog und Hilbert gewählt. Der 1. und 2. Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung wurden angenommen, der im Entwurf vorliegende 8. Nachtrag zur Sparfassenordnung genehmigt. Danach beträgt der Höchstbetrag der Einlagen auf ein Jahr 20 000 Mark; die Rückgebühren 10 Pf. Die Schornsteinsegetaxe wurde um weitere 100 Prozent der Friedensstaxe erhöht. Die außerordentliche Revision durch den Verbandsreferat hat die Kassen in Ordnung gefunden. Von der Eingabe des Ausschusses für Wohnungsbeschaffung, der sich aus hiesigen Bürgern gebildet hat, wurde Kenntnis genommen. Der Ausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, die Inhaber von kleinen und großen Wohnungen heranzuziehen zur Schaffung eines Fonds für Kleinwohnungsbaun, um die Zwangsversteigerung zu verhindern. Der Gemeinderat war im Prinzip mit dem Vorschlag des Ausschusses einverstanden und verwies die Angelegenheit an den Bauausschuß. Auf Antrag des Genossen Burke wurde beschlossen, zur Beschaffung und Zuteilung von Wohnungen einen Ausschuss zu gründen. Diefem gehören Baumeister Müller, Würtzmeister Blinckmann und die Genossen Hilbert, Krog und Götter an. Zur Eingabe der Ortsgruppe Leipzig des Einheitsverbandes der Kriegsbefehlshabenden und Unteroffiziers Deutschlands um kostenlose Verabfolgung warmen Mittagessens für alle Kinder, deren Mütter gezwungen sind, ihren Unterhalt zu verdienen, und um Bewilligung billiger Preise für Brennmaterial und für Mäher im Brauch, beschloß der Gemeinderat, die Ortsgruppe aufzulösen, zunächst ein Verzeichnis der Bedürftigen einzulegen. Bei der Amtshauptmannschaft soll angefragt werden, ob sie zur Verbesserung von Nahrungsmitteln zum Kochen in der Lage ist. Der teilweise Verbleibung von Breifetts und Braunkohl, sowie der Bäder von Hall zu Hall wurde zugestimmt. Der neue Mantel und der Lohnsatz für die Gemeinbediensteten wurde bewilligt. Den Beamten wird ein Zuschlag von 50 Prozent zu den Einkommen gewährt. Seit Beginn der Erwerbslosenunterstützung sind 2087 Personen unterstützt worden. Davon haben 2880 Arbeit gefunden, so daß am 28. April noch 188 Erwerbslose vorhanden waren. Bis zum 17. April sind 1 200 778 Mark an Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt worden. Der auf die Gemeinde entfallende Anteil beträgt 200 128 Mark.

Wißa. Aus dem Gemeinderat. Genosse Stadtrat Gröbel wurde als stellvertretender Bürgermeister in Pflicht genommen. Das Orzgesetz über den Arbeitsnachweis ist mit einem Verzicht an die Regierung zurückgegeben worden mit Abänderung verschiedener Bestimmungen. Zweck Errichtung einer Einwohnerwehr sollen erst die Maßnahmen der Regierung abgewartet werden. Am der herrschenden Wohnungsnot zu wehren, wurde im Prinzip beschlossen, die Mittel für die geplante Kleinbauausstellung zu bewilligen. Die endgültige Beschlußfassung wird erst erfolgen, wenn die Kostenschätzungen vorliegen. Nach Berechnungen soll die Gemeinde einen verlorenen Bauaufwand von 875 000 Mark decken. Ob das die Gemeinde tragen kann, ist mehr als zweifelhaft, denn bei der anfordernden Summe wird es nicht bleiben. Am 7. April 1919 sollte die Gemeinde nur 92 516 Mark ausbringen, also eine Steigerung von 682 484 Mark in einem Jahre. Hierbei zeigt sich so recht die bläherige Verschleppungspolitik der früheren bürgerlichen Mehrheit; denn das Projekt ist schon seit 1917 in Vorbereitung, und die frühere Rathausmehrheit hat aber die Ausführung immer zu hinterzählen gewußt. Um aber doch vorwärtszukommen, haben sich die Anstehler verpflichtet, die Hälfte des verlorenen Bauaufwandes mit 2 Proz. zu verzinsen. Der Stadt bleibt dann noch eine bleibende jährliche Verbindlichkeit von 20 000 Mark. Die Bauleitung soll aber ihre Tätigkeit aufnehmen, und die Mittel werden für einen Monat bewilligt. Weiter wurde beschlossen, die Pfahlerarbeiten für die Griminalstraße an Steinhilfmeister Müller, Wenzlau, zu vergeben. Bei den Kostenschätzungen war ein Unterschied von 40 000 Mark gegen das höchste und niedrigste Gebot. Die Kosten betragen 87 000 Mark. In dieser Sache zeigt sich die Vorkluge unserer Genossen im besten Lichte; denn die Straßenaufkosten werden von den Ertragsmitteln der Wertanwachssteuer gedeckt, so daß den Steuerzahlern keine Kosten aufzubringen sind. In der nächstfolgenden Sitzung wurde eine Angelegenheit behandelt, die die Allgemeinheit interessiert. Es handelt sich um folgenden: Herr Dr. med. Kühn, der in Leipzig seine Praxis ausübt und dort auch eine Wohnung hat, besitzt in Wißa ebenfalls eine Wohnung. Er hat ein ganzes Haus inne. Die Stadtverwaltung trat deshalb mit dem Herrn Doktor in Verbindung, um Ueberlassung von verschiedenen Räumen für einen erst zuziehenden Lehrer. Herr Dr. Kühn war auch bereit, Stube, Kammer und Küche abzutreten. Soweit so gut. Das Beste kam aber hinterher; denn Herr Dr. Kühn legte einen Mietvertrag vor, in dem gefordert wird, daß der Bürgermeister sich durch Unterschrift verpflichtet, für alle Eventualitäten, die sich durch das Mietverhältnis ergeben, einzustehen. Der Stadtgemeinderat hat natürlich die Unterschrift verweigert. Weiter wurden für die drei Räume ein Mietzins von 800 Mark jährlich anforder. Hierzu ist zu bemerken, daß Herr Dr. Kühn für das ganze Haus und einen großen Garten selber nur 600 Mark Mietzins zu zahlen hat. Ist das nicht auch Wädel? Könnte hier die Gerichtsbehörde nicht ebenfalls zulassen? Dieser Fall ist so recht typisch, wie die Herren vom Besth über die Wohnungsnot denken.

Größenbeben. In der Gemeinderatsitzung am 18. April berichtete der Gemeindevorstand, daß die neuergründete Großsiedlung vom 1. Januar bis 31. März einen Umsatz von 1 130 332,28 Mark erreichte. Die Aufstellung einer Gemeindefachstelle ist erst für den 1. Juni zu erwarten. Der Gaspreis für 1 Kubikmeter ist auf 80 Pf. erhöht worden. Der von der Stadt Zwenkau vorgeschlagene Reorganisation könnte man zu erwarten jedoch, daß die Stadterweiterung vor weiterer Entscheidung die hiesigen Gemeinden über-

Die Erhöhung der Reichsrente um weitere 100 Prozent der Friedensstaxe wurde angenommen. Infolge früherer Beschlüsse, nach dem Mittel nicht vorhanden sind, erwies sich der Ausbau eines Teils der Substanz zur Zeit als unmöglich. Lagerung und Verteilung der Lebensmittel wurde dem Genosse Matthes übertragen. Zustimmung fanden die Gehaltsüberhebungen der Polizeibeamten im Gemeinderat und an der Giro-Kasse, die höheren Gehaltsätze der Polizeibeamten und die Bewilligung von 50 Mark zur Grenzspende. Die gestohlenen Schießgewehre sollen vorläufig durch Parfümerie ersetzt werden. Den Steuerklassen 1 bis 5 gewähre man Steuererlaß. Das Konzeptionsgesetz des Gesundheitsamtes wurde befürwortet. Abgelehnt wurde der Anschlag an den Kraftwagenverkehr. Einsprüche gegen die Pundsteuer bzw. gegen die Regelung der Sonderabteilung von Lebensmitteln wurden zurückgewiesen. Den Beschlüssen des Wohnungsausschusses wurde zugestimmt.

## Sächliche Angelegenheiten.

Die Zeitfreiwilligen organisieren weiter.

In Döbeln haben die Zeitfreiwilligen unter Leitung eines Hauptmanns a. D. U. H. e. in eine Versammlung abgehalten. Es wurde einstimmig beschlossen, als geschlossener Ganzen zusammen zu bleiben, trotzdem der Zeitfreiwilligenverband aufgelöst ist. Es war ein Dr. Ingenieur Wolf anwesend, der von Banken nach Döbeln gekommen war und über die technische Notfälle referierte. Die Anwesenden beschloßen, sich alle in die technische Notfälle einreden zu lassen. Das Bureau befindet sich Obermarkt 6.

Dr. Wolf teilte weiter mit, wer Waffen tragen will, könne dies bei ihm melden, dann könne er welche erhalten. Ferner sagte Dr. Wolf den sich Meldenden zu, er würde das Gehelms darüber wahren, wer sich meldet, damit die Arbeiter nicht etwas erfährt.

Der Uebertritt zur technischen Notfälle ändert am reaktionären Charakter der Zeitfreiwilligen natürlich gar nichts. Praktisch ist dies lediglich eine Firmenänderung. Es ist zu begrüßen, daß damit die technische Notfälle auch offiziell als gegenrevolutionäres Instrument anerkannt wird. Das dürfte manchem Arbeiter die Augen öffnen. Bisher haben die Herren von der technischen Notfälle immer darauf gesehen, ihre wahren Absichten hinter einem lokalen Mäntelchen zu verbergen. Den Rechtssozialisten wird vor ihrem jüngsten Kind nicht wenig anfallen. Der Vorstand ist seinen Vätern ähnlich über den Kopf hinausgewachsen. Bald wird er sich zum Beherrschter seiner Eltern aufschwingen, wenn — die organisierte Arbeiterkraft dem Spuk nicht vorher ein Ende bereitet.

Am interessantesten ist jedoch die Mitteilung des Herrn Dr. Wolf, daß er denjenigen Waffen verschaffen könne, der solche wünsche. Da sei die indirekte Frage erlaubt: woher bekommt denn der Herr Dr. Wolf die Waffen? Steht er etwa mit höheren militärischen oder Regierungsstellen in Verbindung? In welchem Zweck werden die Waffen ausgegeben? Weß dem Herr Dr. Wolf nicht, daß sich heronige Straßbar macht, der bewaffnete Paufen bildet? Oder gilt dies etwa nicht, wenn es sich um bürgerliche Büden handelt? Da auch der Versuch schon fruchtbar ist, wird sich sicher der zukünftige Staatsanwalt die Gelegenheit nicht entgehen lassen, der Madame Justitia zu einer Beschäftigung zu verhelfen. Wir empfehlen dem Herrn Staatsanwalt dringend, sich den Herrn Dr. Wolf etwas näher anzusehen. Wieviel kostet dies dabei auch Gelegenheit, dem Staat Werte zu erhalten. Die Waffen sind aus Mitteln des Staates bezahlt worden. Es dürfte unfer typhigen Justiz ein Bedachte sein, daß Waffenbesitz des Bauener Mannes ausfindig zu machen. Oder sollte etwa dazu die Fyndigkeit der Justiz nicht ausreichen?

In Döbeln ist zu keiner Zeit die Ruhe und Ordnung gestört worden. Die Arbeiterkraft hat sich geradezu musterhaft verhalten. Das haben selbst solche ausgesprochene Reaktionäre wie der Vorsteher des Döbeler Bürgerbundes, Herr Dr. Klein, anerkannt. Die illegale Bewaffnung der Zeitfreiwilligen kann also nur den Zweck haben, Blutvergießen zu provozieren, damit die reaktionären Pläne der Drahtzieher verwirklicht werden können.

So steht in Wirklichkeit die Entwaffnung der Zeitfreiwilligen aus. Formell werden sie aufbewahrt, in Wirklichkeit bleiben sie belommen. Dagegen werden unter Aufsicht der rechtssozialistischen Regierungsmitglieder alle Arbeiter entwaffnet und für ihr müßiges Eintreten für die Verfassung in der Märzwoche verhaftet und bestraft.

Wagt das im Willen der Arbeiter, die noch bei den Rechtssozialisten organisiert sind? Es wird höchste Zeit, daß diese aus den Vorzügen die richtige Lehre ziehen.

### Kommissare bei der städtischen Landesfeuerpolizei.

Der Minister des Innern hat in Ausführung eines Volkskommissarbeschlusses vom 17. Dezember 1919 den Kommandeuren der städtischen Landesfeuerpolizei Kommissare beigeordnet. Diese sollen in unzulänglichen Zeiten der ausgebildeten und schwieriger Lage durch Verhandlungen versuchen, ein Eingreifen mit der Waffe überflüssig zu machen, die Bevölkerung über das Wesen der Landesfeuerpolizei aufzuklären, irreführenden Behauptungen und Gerüchten, die gegen die Landesfeuerpolizei verstreut sind, entgegenzutreten und eine innere Verbindung mit allen Kreisen der Bevölkerung herzustellen.

Durch die Dienstanzweisung wird den Kommissaren ein Einblick auf die inneren Angelegenheiten der Landesfeuerpolizei, z. B. auch auf ihr Verwehnen, eingeräumt. Die Möglichkeit des unmittelbaren Verkehrs der Kommissare mit der Regierung wird durch die Dienstanzweisung gestiftet. Die Kommissare werden über das Ergebnis ihrer Tätigkeit unbeeinträchtigt und ohne Umweg an zuständigen Stelle Bericht erstatten können. Durch diese Anordnungen soll dazu beigetragen werden, die Landesfeuerpolizei zu einem unbedingt zuverlässigen, wirksamen Werkzeu in den Händen der verfassungsmäßigen Regierung zu machen.

Uniere Stellung zu der Landesfeuerpolizei wird dadurch nicht verändert. Ihrem ganzen Wesen nach ist sie eine reaktionäre Einrichtung. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist die bisherige Tätigkeit vollat genügend. Die Landesfeuerpolizei wird auch mit den Kommissaren ein Fremdkörper im Volk bleiben. Wir lehnen sie durchaus ab.

### Eine Entscheidung des Kultusministeriums.

Das städtische Kultusministerium hat entschieden, daß die katholischen Kinder von Kitzbau und Callenberg nach wie vor noch in Schrägwalde in die katholische Schule zu gehen haben. Die Entscheidung hat nach 14 den städtischen Lehrerangestellten bis 1923 gefällige Gültigkeit. Sie kann also als kurz und bündig eine Entscheidung angesehen werden.

Die Schulaufsicht Kitzbau hatte auf Grund der vom Kultusministerium erteilten Bestimmungen verlangt, daß die katholischen Kinder Kitzbau und der Nachbargemeinde Callenberg, die bisher die katholische Schule in Schrägwalde besuchten, in die evangelische Schule nach Kitzbau gehen sollten. Dagegen hatten sich viele Widerprüche erhoben.

Der Einheitsakt des Schulweisers ist mit dieser Entscheidung kein guter Dienst erwiesen worden.

Der Bahnverkehr in Sachsen am 1. Mai. Die Generaldirektion der sächsischen Eisenbahnen trägt sich mit der Absicht, am 1. Mai den Sonntagsverkehr durchzuführen, wenn nicht aus Verhinderung andere Direktiven gegeben werden.

Wetlau. Der Schulvorstand beschloß mit 8:5 Stimmen den Wegfall des Religionsunterrichts in der Schule. Die gewonnenen Stunden sollen zu wahlfreiem englischen Sprach- und pflichtgemäßen Kursarbeitsunterricht Verwendung finden.

Teimittschau. Die Stadterordneten haben einen Antrag angenommen, wonach der Kosten der Lotenbestimmung künftig nicht mehr von den Einwohnern, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Auf den Kopf der Einwohnerzahl entfallen dabei etwa 4 Mark jährliche Kosten. Es wurde dabei dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß künftig nur noch eine Klasse von Bewohnern ausgelassen wird.







Nationalversammlung.

Berlin, 27. April.

Auf eine Reihe von Anfragen wird folgendes erwidert: Nach der Übernahme des Verkehrswehens auf das Reich wird nimmere das Reich die Vorarbeiten für die Talsperren des Werka- und Zindabgebiets und für die Werka-Rain-Wasserstraße, sowie für die Ausnutzung der dadurch zu gewinnenden Wasserkräfte selbst übernehmen. Die Abstimmungslisten in Oberhessen haben noch nicht aufgelegt werden können, weil die Ententebehörden das noch nicht verfügt haben. Die Abstimmung muß bis 1. August 1920 stattfinden und wird sicher so rechtzeitig bekannt gemacht werden, daß alle Stimmberechtigten teilnehmen können. Gegen die Eingriffe der Entente-Kommission in Opatowitz in die deutsche Gerichtsbarkeit ist Einspruch erhoben worden. Die deutschen Richter werden die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn Sicherheiten gegen neue Willkürakte der Entente geschaffen sind.

Abg. Degler (Dnat.) verweist darauf, daß die preussische Regierung in der Landesversammlung erklärt hat, ein Beamter, der freit, breche seinen Eid, und verleihe seine Amtspflicht. Während des Rapp-Putsch wurden die Beamten zum Streik aufgefordert. Sämtliche Beamten nach diesen Vorgängen ihre oben festgestellte Auffassung über das Streikrecht der Beamten noch aufrecht.

Reichsminister des Innern Koch: Die Beamten sind der Verfassung treu geblieben, als sie den Kuppelputzern durch Verweigerung der Arbeit schärfsten Widerstand geleistet haben. (Beifall.) Sie haben durch die Weigerung ihrer Tätigkeit bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände erheblich mit dazu beigetragen, daß der Rapp-Putsch ohne Blutvergießen und Bürgerkrieg zu Ende gebracht werden konnte. (Beifall.) Die Reichsregierung ist überzeugt, daß die Nationalversammlung in ihrer Gesamtheit auch ihrerseits den Beamten für diese Treue dankt. (Beifall.)

Reichsminister Koch stellt gegenüber der Behauptung des Abg. Degler fest, daß der frühere Reichskommissar Dr. Ködlich niemals Blankowollmachten erteilt hat.

Abg. Bod (U. Soz.) wendet sich gegen die Besetzung Gothas durch die Reichswehr und gegen die Verhängung des verhängnisvollen Ausnahmezustands. Für beides hätte ein Grund nicht bestanden.

Gesetzrat Jacoby: Reichswehr ist überhaupt nicht in Gotha eingedrungen, sondern auf Erlauchen des Reichswehrministeriums 400 Mann Sicherheitswehr zum Schutz der in Gotha liegenden fiskalischen Werte. Ein solcher Schutz war notwendig, weil bei den Märzunruhen nach Überwältigung des zur Sicherheit in Gotha liegenden Militärkommandos von 100 Mann Reichswerte in erheblichem Umfang vernichtet worden sind. (Obri, Heil!)

Abg. Bod (U. Soz.) fordert ferner gerichtliche Untersuchung gegen die Mitglieder des Reichswehrkorps der Würburger Studenten, die in Thal bei Nüch 15 Arbeiter widerrechtlich verhaftet und in grausamer Weise hingerichtet haben. Diese himmelschreiende Gewalt verlangt strengste Sühne.

Ein Vertreter des Reichswehrministeriums erwidert, daß der Reichswehrminister sogleich nach Eingang der Berichte über diesen Vorfall eine Untersuchung eingeleitet hat. Gegen die beschuldigten Angehörigen des Transportkommandos sei Anzeige erhoben worden wegen rechtswidriger Waffengebrauches in Verbindung mit Mordschlag. (1) Die Hauptverhandlung dürfte in 14 Tagen bis drei Wochen stattfinden. Ein Kommissar wird zu dieser Verhandlung entsandt werden. Eine Entschädigung an die Hinterbliebenen der getöteten Personen kann solange nicht zugestanden werden, als nicht erwiesen ist, daß die Tat eine Amtshandlung von Angehörigen des Soldatenstandes in rechtmäßiger Ausübung der ihnen anvertrauten öffentlichen Gewalt angesehen werden kann.

Abg. Rothe (Soz.): Nach Zeitungsmeldungen ist der frühere Generalstabsoberstleutnant Rapp, der wegen Hochverrats strafbüchlich verfolgt wird, in Schweden festgenommen. Besteht die Möglichkeit, Rapp der Aburteilung durch die deutschen Gerichte zuzuführen?

Reichsjustizminister Bland: Rapp wird eines politischen Verbrechens beschuldigt. Für die Auslieferung aus Schweden nach Deutschland kommt der Auslieferungsvertrag von 1878 in Frage. Er steht der wechselseitigen Auslieferung einer Reihe von Verbrechern vor, nicht aber die Auslieferung von Hochverrätern.

Abg. Wolff-Dillst (Soz.) verlangt gerichtliche Schritte gegen den deutschnationalen Parteiführer Wilt Dorn, der in Inhaftierung sozialdemokratische Parteiangebotene verprügelt habe.

Von der Reichsregierung wird erwidert, daß sich ein Verhaftender Dorn nicht habe nachweisen lassen. Wahrscheinlich können andere Täter in Frage, die aber nicht ermittelt werden könnten.

Die Aussprache über die Finanzen.

Die Aussprache über die Programmreden der Minister Birck und Hermes wird fortgesetzt. Mit zur Beratung steht der Notetat und die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf geblühete Feier des 1. Mai, sowie der Antrag der Unabhängigen auf Bezahlung der Generalstreiklage.

Abg. Dr. Nieber (D. Vp.): Wir stehen dem Reichsfinanzminister ohne Vorurteil gegenüber und werden ihm auf seinem bornenvollen Wege Folge leisten. Bedenklich ist die Streichung der ursprünglichen Vorschriften über die Verwendung des Ertrags zur Tilgung der schwedischen Schulden. Wir zahlen, arbeiten und entbehren nur für unsere Feinde. (Sehr richtig!) Ich bitte um Verhandlungen über Herabsetzung der Größe der Befugnisarmee und der Höhe ihrer Besoldung. Vielleicht ist der Landwirtschaft, Industrie und den Gewerben die Aufbringung der Steuern durch eigene Organisationen nach einem Schema der Reichsregierung zu überlassen. Durch Sozialisierung des Verbrauchs hat der Staat nach Ansicht des Abg. Keil keinen Gewinn; dadurch soll das Vertrauen der Arbeiter zum Sozialismus gestärkt werden. Dann wird wir nicht da. (Sehr richtig! rechts.) Man sollte den Mut haben, die Unklarheit der sozialistischen Ideen endlich in breiterer Öffentlichkeit vor Augen zu führen, statt am tollkühnen Körper zu experimentieren. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Abg. Henke (U. Soz.): Wenn man sagt, die Arbeiter sind laul, so ist das eine so allgemeine Behauptung, daß ich darauf nicht antworte. Sozialismus heißt Arbeit und bedeutet in erster Linie eine Beseitigung der Produktion und gewährt gerade dadurch ungeheuren Vorteil gegenüber dem Kapitalismus. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Herr Dorn hat mit seinem Vorschlag, im 1. L. auf Einführung eines Reichsarbeitenscheins bei allen bürgerlichen Parteien große Anerkennung gefunden. Das ist wohl begreiflich; denn die Bourgeoisie müßt durch den 1/2-Stundentag die Kapitalistengewinne wieder verwirklichen. Dafür wird es keinen Arbeiter mehr geben. Das werden die Wahlen genau wie in der Tscheko-Slowakei ergeben. Herr Dornburg sollte den Kapitalisten Beschränkung in ihrer Ausbeutung der Arbeitskraft empfehlen. (Sehr richtig! links.) Ein W. H. heißt sozialistisch schreibt mit Recht in den Soz. Monatsheften, daß bis heute noch kein einziges sozialpolitisches Gesetz geschaffen wurde; denn das verfassungsmäßige Gesetz über die Betriebsräte könne man umwidern so nennen. Ich hätte gewünscht, daß man bei den Vorarbeiten der beiden Minister davon etwas gehört hätte, daß Deutschland unrentierbar mit der europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik verbunden ist. In der ganzen Welt sehen wir die sozialistischen Arbeiter gegen den Kapitalismus und den Militarismus Sturm laufen und überall wächst bei ihnen die Einsicht, daß zur Erreichung der politischen Macht zeitweise die Diktatur des Proletariats unbedeutend ist. Heute haben wir die Offiziersdiktatur. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) und die ist viel schlimmer und blutiger als es je eine Arbeiterdiktatur war oder ist. (Sehr wahr! bei den U. Soz.)

Verfassung und individualistischer Ausbau der Persönlichkeit sind nur möglich, wenn zuerst der Sozialismus verwirklicht ist. (Sehr richtig!) Der steht, wie sich die Offiziere und Soldaten und ganz besonders die blutdürstigen Studentenfreiwilligen an Arbeiterblut bedürken, weil das diese Bourgeoisie und Soldaten mehr... (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Da... (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Die Deutsche Zeitung schnell ein Märchen über einen bevorstehenden Kommunismus. Der ist ja doch nur das niedrige Nachwort eines Militärspiels, was schon die Tatsache beweist, daß der gleiche Bericht dem bekannten Staatskommissar Wehmann vorliegt. (Sehr richtig!) Aber man kennt dies Mittel, denn es ist kein Zweifel, daß die Rechte den 13. März in vernichteter und verbesserter Auflage in Ritzie wiederholt. (Sehr wahr!) Aber davon wagt die Regierung nichts. Was der Reichswehrminister J. V. über die Landwirtschaft gesagt hat, das erfüllt uns mit Mißtrauen; denn Landwirtschaft, Industrie und Handel haben sich während des Krieges und während der Revolution in gleichmäßig schamloser Weise bereichert. (Sehr wahr!) Ganz falsch ist auch unsere außenpolitische Einstellung. Da hat heute der Vorkurs eine große Freude über die Einladung unserer Regierung nach Spa. Wenn er schreibt, daß es keine patriotische Tat, sondern ein Verbrechen am deutschen Volke ist, Kriegsmaterialität zu zerstören oder abzuliefern, zu verbergen, zu geben, wie ich recht; aber wir hoffen, daß er dies auch bei jeder andern Verletzung des Friedensvertrags sagt, und deren hat sich die deutsche Regierung — dazu bedürfte es abfolnt nicht der Mitteilungen unseres Genossen Praß — eine Menge zuschulden kommen lassen. Ich erinnere mir daran, daß unser Herr am 10. April nur noch 200 000 Mann stark sein dürfte, während es — wie zugestanden wurde — heute noch 300 000 Mann umfaßt. Weiter in der Frage der Schließung der Festungen, wo man die Besatzungstruppen bestreift; ferner in der Willehrung der Geschäfte, der Zant und Panzerzüge usw. Erst kürzlich haben Kontrollposten im Stettiner Hafen nicht weniger als 288 Geschäfte und 12 Räume mit Metallerie- und Infanteriekommissionen gefunden. Waffenverschleppungen nach Schweden, Dänemark und Holland sind an der Tagesordnung — da kann man sich nicht wundern, wenn die Entente nicht an unsern guten Willen glaubt. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Kein Wort hat für all diese Dinge die Regierung, die so gern behauptet, daß die französische Regierung in der Hand von Generalen sei, und die so richtig gegen die Kommunisten einschreitet. 600 Gefangene sind im Sennelager, 500 in Wesel, zahlreich sind die Werdungen, wie Militär- und Staatsgerichte unermesslich gehandelt haben — das sind Zahlen, die vom Vorhandensein eines Militarismus Beweis genug geben. Es ist der Klassenhaß des Militärs, der Bourgeoisie, der Arbeiter, überhaupt der ganzen bürgerlichen Gesellschaft, der daraus spricht. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Wir hoffen daher, daß unser Amnestieantrag, der sich nicht nur wie ein heute in der Deutschen Zeitung veröffentlichter Befehl auf Mitglieder der SPD. erstrecken soll, Annahme findet. Desgleichen müßte unser Antrag auf Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag einstimmig angenommen werden, wenn hier nur eine Spur von Empfinden für das Gefühl der breiten Masse unserer Völker vorhanden wäre. Wenn die Regierung und das Bürgerium nicht gründliche baldige Reformen in neuem Sinne bringen, dann haben sie es sich zuzuschreiben, wenn die Formen, die dann kommen, ihnen schmerzhaft erscheinen. (Leb! Bravo! bei den U. Soz.)

Reichsjustizminister Dr. Bland: Es ist bis jetzt noch kein Fall bekannt, daß die Richter ihre Pflicht verletzt hätten. Wenn Herr Abg. Henke mir das Material seiner Partei einreicht, so werde ich strengste und vollkommen unparteiische Untersuchung durchführen. (Beifall.) Eine so weitgehende Annette, wie sie der unabhängige Antrag fordert, ist ganz unmöglich, denn die gemeinen Verbrecher, sowie die Heber und Räuber gegen die verfassungsmäßige Regierung, die die Käserepublik ausgerufen haben, müssen unter allen Umständen bestraft werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Schiemer (D. Vp.): Die Ausführungen des Justizministers sind uns eine Selbstverständlichkeit. Die Einwohnerehren sind in Bayern schlechterdings unentbehrlich. Wir hoffen, daß durch den Übergang der bayerischen Verkehrsstraßen auf das Reich unsere Kanalpläne besonders Förderung erfahren.

Reichsverkehrsminister Dr. Bell: Der Staatsvertrag zwischen den Ländern und dem Reich über die Vereinfachung der Bahnen ist auch in dieser Debatte wieder benannt worden. Ich verhoffe nochmals, daß ein niedrigerer Kaufpreis nicht zu erzielen war. Den Unabhängigen sei gesagt, daß wir alle Kraft einsetzen müssen, um fern von jeder Theorie, aber der der Schablonisierung irgendeines Systems aus dem heutigen Stand herauszukommen. Dem Ausbau der Wasserstraßen werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen. Besonders das Redar Kanalprojekt, das Nord- und Süd-Deutschland noch enger verbindet, ist ein großes, verkehrswirtschaftliches Projekt von höchster nationalpolitischer Bedeutung. Die Reichsregierung ist bereit, die bayerischen Großschiffahrtspläne in der gleichen Weise zu fördern, wie das württembergische Redar Kanalprojekt.

Ein Vertreter der bremischen Regierung gibt in einer Erklärung der Refraktierung Ausdruck, daß durch die Schaffung eines vierten Großschiffahrtsbezuges der Verkehr noch mehr von den deutschen Nordseehafenstädten ab und Rotterdam und Antwerpen zugewandt werde.

Abg. Fendmann (Soz.): Das Militär darf unter keinen Umständen in drei einrücken, wo keine Unruhen ausgebrochen sind. Bei Hausunterstützungen müßte so rücksichtsvoll vorgegangen werden, daß sie nicht zur Verunreinigung der Bevölkerung beitragen. Die Vorkämpfer der Beschlüsse müssen unbedingt gehalten und durchgeführt werden. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß alle die Männer, die von ihren Familien noch fern sind, die aus Angst vor der Reichswehr erschüttert sind usw., zurückkehren können, damit sie ihre Familien wieder ernähren können. Das Volk empfinden darf nicht durch ungerechte und barbarische Strafen oder ihm fremde Strafverfahren angehetet werden. Wir haben nichts dagegen, wenn wirkliche Verbrecher bestraft werden, weswegen wir auch den unabhängigen Antrag in seiner allgemeinen Fassung ablehnen müssen, der alle in Schuldhaft oder Haft befindlichen Personen, die von der Reichswehr verhaftet worden sind, sofort in Freiheit stellt wissen will. Aber die Wiltäuser und Verführer sind meist unerschuldig und müssen freigelassen werden. Unerbittlich ist auch, daß in letzter Zeit eine Anzahl von Staatsverbrechern gegen Soldatenräte aus dem November 1918 wegen Anlegung der Befehlsmacht eingeleitet wird. Ich frage die Regierung, was sie zu tun gedenkt, daß gegen diese Leute nicht eingeschritten wird. Ähnlich ist es mit Strafverfolgungen gegen Arbeiter in Hannover, die während des Rapp-Putzes sich von der Einwohnerehren Waffen verschafft haben und jetzt nach der Enttöpfung mit Strafverfahren bedroht sind. Der Antrag auf Feler des 1. Mai begrüßen wir mit großer Freude, denn seit Jahrzehnten ist dieser Tag für uns ein gefeierter, für den wir jahrelange Verfolgungen und Strafen erduldet haben. Wir sind barmherzig der Meinung, daß dieser Tag gesetzlicher Feiertag werden muß, da er unentbehrlich für den großen Friedenswillen, der an Stelle der Kriegsbesetzung getreten ist. (Leb! Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Bland: Die Regierung tut alles Mögliche, um die an den Urteilen Beteiligten wieder der Arbeit zuzuführen. Soweit nicht gemeine Verbrecher vorliegen, sollen sie strafrechtlich nicht verfolgt werden. Soldatenräte haben sich zum größten Teil bewährt und dem Reiche große Werte gerettet. Ihnen wird aus ihren Handlungen keineswegs ein Strich gedreht werden.

Abg. Gilling (Zentr.) tritt für Auflösung der Kriegsgesellschaften und Räumung der von ihnen beanspruchten Räumlichkeiten ein. Den sozialistischen Antrag auf Zahlung des Lohns während des Generalstreiks, notfalls unter Auslösung eines Druckes der Regierung auf die Unternehmer, lehnen wir ab.

Abg. Niedmüller (Soz.) fordert Erhöhung der Unterstützung für die vertriebenen Elend-Verbrecher bei Gewerks- oder Existenzverlust auf 10 000 RM., ebenso Vorkasse und Beihilfen für die bis zur vollen Höhe des Liquidations- oder Sachschadens.

Reichswehrminister Dr. Gehler weist die Angriffe des Abg. Henke gegen die Reichswehr zurück. Die Verheugung gegen die Reichswehr muß unter allen Umständen ein Ende nehmen. Die Zustände im Munsterlager sind bei weitem nicht so schlimm, als sie gerne dargestellt werden. Es handelt sich hier nur um die Abfertigungsstellen der Postkammern (Bund. An. Nr. 1), die bis zum 5. Mai mit ihrer Tätigkeit fertig sein werden. Auch in das Reichswehrministerium ist ein neuer Ton hereingekommen, neue wichtige Veränderungen bis zu den höchsten Stellen stehen bevor. Die Reformpläne, die unter meinem Vorgänger Kossel bereits gefaßt wurden, der ein unvergängliches, nie wackelndes Verbleiben am Dienststand hat, werden weitergeführt. Von einem Zivilkabinett im Reichswehrministerium, wie die Personalabteilung manchmal genannt wird, kann keine Rede sein. Die Vorgänge in Bitterfeld bedauern ich sehr, sie müssen aber erneut eine Lehre sein, mit der unünftigen Gehe gegen die Reichswehr aufzuhören. (Beifall.) Das Heer ist dem Stand von 200 000 Mann sehr nahe gebracht worden; die Berufssozialisten sind von 30 000 auf 9000 zurückgebracht worden. Abg. Vorkasse (Dem.) begründet eine Entschädigung der durch das große Explosionsunglück bei Königberg schwer Geschädigten. Abg. Degler (Dnat.): Mein gestriger Antrag bezweckte nicht etwa die Einstellung von 70 000 neuen Beamten, sondern den Ausgleich unrentlicher Gehälter. Auf die Forderung des Abg. Sand (D. Vp.) auf angemessene Preise für Viehablieferungen auf Grund des Friedensvertrags erwidert der Reichswehrminister Hermes, daß die Richtlinien dafür dem Reichstag in den nächsten Tagen zugehen werden. Abg. Frau v. Gierke (Dnat.) begründet eine Entschädigung auf staatliche Beihilfe für die kleinen erwerbschwachen und erwerbsunfähigen Rentner und Rentnempfänger. Damit schließt die allgemeine Besprechung. In der Einzelberatung befristet Abg. Dr. Luard (Soz.) einen Antrag auf Gewährung einer Unterstützung von 500 000 RM. zur Erreichung einer wissenschaftlichen Abteilung für Volkshilfe an der Frankfurter Universität. Der Antrag wird angenommen. Ein Antrag für den Verband der deutschen wissenschaftlichen Akademien drei Millionen Mark wird auf den Widerspruch des Reichsfinanzministers Dr. Birck hin abgelehnt. Abgelehnt wird ein deutschnationaler Antrag auf Gewährung eines Teils des Lohns der Landarbeiter in Form von Deputat. Abg. Steinlopf (Soz.): Ich protestiere aufs schärfste, daß man unsern Antrag als Substitutionsantrag bezeichne. Angesichts der Darlegungen des Herrn Reichsfinanzministers und der kurzen Tagungsdauer der Nationalversammlung schein mir jedoch unsern Antrag zurück, legen aber schon heute, daß wir ihn als ersten im neuen Reichstag wieder einbringen werden. Der Antrag Anstadt wird abgelehnt. Die Anträge Henke (U. Soz.) betreffend Zahlung von Lohn und Gehalt an Arbeiter und Angehörige für die Tage des Generalstreiks und der Antrag Agnes, betreffend Arbeitsruhe am 1. Mai, wird abgelehnt; desgleichen der Antrag Agnes, betreffend Aufhebung des Ausnahmezustands und Vorlegung eines allgemeinen Amnestiegesetzes.

Angewandt werden die Anträge auf Erhöhung der Unterstützungsätze der aus Elend-Verbrechern Vertriebenen, auf Entschädigung der bei dem Explosionsunglück in Königberg Geschädigten, auf Liquidierung der Kriegsgesellschaften, sowie auf Neueinstellung einer Anzahl Beamten. Der unabhängige Antrag auf eine Zenerungszulage von 500 Millionen Mark für Hinterbliebene und Invaliden wird abgelehnt; angenommen wird der umgebildete Antrag auf eine „angemessene Zenerungszulage“.

Angenommen werden die Anträge Trimborn (Zentr.) auf Einsetzung einer Kommission zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Staatsbetriebe und der Antrag Anstadt auf bessere Versorgung der Landarbeiter mit Zehner. Abgelehnt wird der Antrag auf Unterstützung der kleinen Rentner.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Auskunfts-pflicht über deutsche Elter im Gebiete der allierten Mächte, die auf Vorschlag des Abg. Schiele (Dnat.) in allen drei Lesungen erfolgt. Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr, Bericht des Geschäftsbordungsausschusses. Zweite Beratung des Entwurfs des Besoldungsgesetzes. Bericht verschiedener Anträge. Schluß 7 1/2 Uhr.

Gerichtssaal.

Raufmannsgericht.

Telephonische Zeugenvernehmung.

Am 17. April 1920 wurde vor dem Leipziger Kaufmannsgericht eine Streitfrage gegen die Firma Kloeber u. Co. verhandelt. Vorsitzender des Gerichts war Herr Gewerberichter Dr. Redlich. Trotzdem eine ausführliche Klagebegründung vorliegt, wird die Klage nicht verlesen, so daß angenommen werden muß, daß die Beisitzer nicht wissen, um was es sich handelt. Als der Gegner wiederholt den Antrag stellt, noch eine Zeugin zu laden, erklärt der Vorsitzende, „um die Streitfrage nicht zu vertagen, werde ich mit der Zeugin telephonisch sprechen“. Der Vorsitzende und der Zeuge gingen hierauf gemeinsam zum Telephon und unterhielten sich mit der Zeugin. Nach einigen Minuten kamen beide wieder ins Beratungszimmer und der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit folgenden Worten: „Klägerin, die Sache stimmt nicht. Sie waren nicht krank. Ich warne Sie vor einem Meineid.“ Vor dem Telephongespräch hatte der Vorsitzende selbst erklärt: „Man sieht es, daß die Klägerin krank ist, sie sieht aus wie Wachs, krank geschrieben ist sie auch, also die Entlassung ist ungerechtfertigt.“ Diese Art des gerichtlichen Verfahrens kann in keiner Weise das Ansehen des Kaufmannsgerichts fördern und muß ihm schließlich das Vertrauen der Angehörigen rauben. Auch dem Herrn Dr. Redlich dürfte bekannt sein, daß Zeugen ordnungsgemäß durch Befehl zu laden sind. Telephonische Zeugenvernehmungen sind vorerhand noch nicht in der Zivil-Prozessordnung festgelegt. Die Verhandlung endete mit einem Vergleich.

3. Quittung.

Zum Aufbau des Volkshauses gingen beim Bezirkssekretariat ein: Beizels quittiert 178.—; Hiftings Konfirmandenfeier 18.—; E. Hoffmann, Spichernstraße 20.—; Sch., Lt. 4.—; Arno Beigel, Leipzig 5.—; Alter Parteigenosse Nr. 25.—; W. Süger (W. J.) 20.—; Lederarbeiter der Firma Böh u. Hertel 25.—; Paulwetter 10.—; Hugo Zehe, L-Con. 5.—; Franke, Hirtelstr. 4 10.—; Nege Edelweiss, Turnverein L-Dt 20.—; Fachgruppe Grobhandel im 3. d. U. 28.—; S. H. N. 10.—; Beifahrer Sch. 15.—; Frau Hörnig, Schönfeld 103.80; Musikverein Harmonie, Großschöcher, Extratour Trompete 54.20; Musikverein Harmonie, Großschöcher, Extratour Eise, Gyntra 57.31; Hammer Schmidt 10.—; Verkäuferinnen des Konsumvereins, Illiate Volkshaus 91.—; Summa 714.31 RM.

Wahlpulver (2. Quittung). An freiwilligen Beiträgen für die Aktien der bevorstehenden Wahlen gingen beim Bezirkssekretariat ein: A. Sch. 2.—; Heide 50.—; Neumann 1.—; Teller Sammlung, Ortsgruppe Pölgersheim 37.50; Dr. H. 100.—; Karl Schirmer, Buchhandlung 30.— RM. Sch r ö t z.

# U. S. P. D. Gross-Leipzig.

**Mit-Leipzig, Bezirk Zentrum.** Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Bezirksversammlung im Reit. Hofbaum, Bismarckstr. 7. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der nächsten Wahlen. Referent: Genosse Jakob Krug. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller ist Pflicht. Mitteilungsblätter vorlegen. Die Bezirksvertreter.

**Mit-Leipzig, Bezirk Süden.** Die Gruppenführer werden hiermit zu einer wichtigen Sitzung am Mittwoch, dem 28. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus geladen. Die Bezirksvertreter.

**Gohlis.** Freitag, den 30. April 1920, abends 8 Uhr, Öffentliche Frauenversammlung im Aidau-Ausgang, Elisabethstr. 17. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Frauen und die kommenden Reichstagswahlen. Referentin: Genossin Auguste Hennig. 2. Freie Aussprache. In Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Lage ist es Ehrenpflicht der arbeitenden Frauen und Mädchen, zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

**Baumdorf.** Donnerstag, den 29. April 1920, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant GutsMuth. Tagesordn.: 1. Aufstellung der Kandidaten für den Elternrat. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Radfahrer! Achtung!**  
Wir protokollieren alle abgefahrenen Radreifen  
**Prima Gummilauffläche**  
Reifen werden wie neu. Ein Versuch überzeugt.  
Keine Reifensorge mehr.  
Stets Lager in neuen Fahrraddecken u. -Schläuchen.  
**Preuss & Rauer**  
Vulkanisier-Anstalt  
Leipzig-Anger :: Tel. 80925 :: Zweinaundorfer Str. 11.

**Beste Bezugsquelle für Schuhmacher**  
**Heinrich Berthold**  
Lederhandlg., Leipzig, Nikolaistr. 20-26  
**Leder-Ausschnitt**

**Zeitungsmaulatur, Bücher**  
**Zeitschriften, Kataloge**  
**Akten, gebd.**  
unter Garantie des Einstands kauft  
**Grosso-Papier-Verwertungs-Ges., G. m. b. H.**  
Reiherstr. 9, st. r. (Ecke Rodtstr.) Telefon 12101.  
Filialen:  
Dresdner Str. 14, im Laden  
Blumhülfstr. 42 bei Birat, Telefon 16362  
Dufourstr. 10, Tr. 5, II.  
Stötteritz, Glasstr. 32, st. r.  
Vollmarsdorf, Eisenbahnstr. 87, Hof  
Selkerhausen, Wurauer Str. 140a  
Gohlis, Brielstr. 4, st. r.

# Malfeler Güntheritz

**Mittags Feilerverammlung im Gohlis**  
1 1/2 Uhr. Referent: Genosse Gustav Rautz, Eisenburg. Anschließend: Vorträge nach Gohlis  
Schmidt. Dasselbe Konzert, unter Mitwirkung  
des Arbeiter-Turn- und Jugendvereins. Ab 7 Uhr  
auf beiden Sälen: **Geselliges Beisammensein.**  
Das Waisomitee.

# Café Goldner Adler

**L.-Lindenau, Siemerlingstr. 6.**  
Allen lieben Nachbarn, Freunden, Bekannten und  
Sangesbrüdern zur Kenntnisnahme, daß wir obiges Café  
übernommen haben. Um gütigen Zuspruch bitten  
**Otto und Hedwig Haase.**

# Restaurant Bayrischer Hof

**L.-Neuschönfeld, Eisenbahnstr. 72.**  
Empfehle meine neu vorgerichteten  
**Lokalläden** zur freundlichen Benutzung.  
Mittags- u. Abendmahl zu mäßigen Preisen.  
Bestgepflegte Bayrische und hiesige Biere.  
**Täglich musikalische Unterhaltung**  
Saal für Gesellschaften und Vereine  
(ca. 800 Personen fassend).  
Ergebnist ladet ein.  
Fornsprecher 121388. **Paul Herold.**

**Albrechts Institut f. Naturheilverfahren**  
früher Albrechts Naturheilanstalt, Halle a. S.  
**Leipzig, Nürnberger Str. 4** Telefon 5593  
langjährige Erfahrungen, individuelle Behandlung der  
allen Krankheiten. Besuche wolle man möglichst bis  
10 Uhr vormittags anmelden. **Dir. A. Albrecht.**

# Medizinal-Kräuter Blüten, Wurzeln

u. w. kauft zu zeitgemäßen Preisen  
**J. Bernhardt, G. m. b. H., Leipzig**  
Konstantinstr. 21.

**Trauringe massiv Gold**  
**Gustav Kaniss**  
Taubacher Str. 6. **Raucherdank!**  
ges. gesch. ermögl. in  
einig. Tag d. Rauchen  
ganz o. teilw. z. unter-  
lass. Amt. begutacht.  
Wirk. verblüff. Vlist. unsch.  
Tel. Anker-Apparat.  
Institut Engelbrecht  
Nähe R. 16, Kapellenstr. 9  
**Kammerjäger Wagner**  
wohnt Senefelderstr. 11, S. 1

**Haut-, Geschlechts-**  
u. sonstige vora. ners. Schwäche  
behand. Dr. med. Dori, nicht  
approbiert. Mittl. naturwif.  
Gesellsch. Leipzig, Auerstr. 1.  
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

**Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig.**  
**„Papa Kleinertz“ Original-Rhein. Puppenspiel-Theater**  
Donnerstag, 29. April, abends 7 Uhr, im grossen Saal  
des Auguste-Schmidt-Hauses, Dresden, Strasse 7  
**Abend-Vorstellung: Gulliver Im Lande der Zwerge**  
Ein Märchenspiel mit Mensch und Puppen, für Jung und alt, bearbeitet  
nach der gleichnamigen Erzählung von F. Kamberg. Inszeniert in 3 Akten  
von Maria Petry.  
Eintritt: Kinder 75 Pfg., Erwachsene 1 Mk. Vorverkauf in der Filiale der Leipziger  
Volkstheater, Taubacher Strasse bei Otto Friedlein, Johannsplatz 3 sowie an der Tages-  
kasse im Saalbau vormittags von 10 bis 12 Uhr

**Gemeinde- u. Staatsbeamte U. S. P.**  
Donnerstag, den 29. April 1920, abends 6 Uhr  
im Volkshaus (Gartenaal)  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Die politische Lage und die bevorstehenden  
Wahlen. Referent: Gen. Schönig, Parteisekretär. 2. Aussprache.  
Es ist Pflicht aller organisierten Beamten Leipzigs, diese Versamm-  
lung zu besuchen. **Mitgliedsbuch legitimiert!**  
Der Einberufer  
Vorstand der U. S. P. Groß-Leipzig.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Bureau: Bismarck-Hotel  
3. Stock, Zimmer 10 bis 18  
22 und 24. Arbeits-  
nachmittags: Mittagspause  
täglich von 9 bis 12 Uhr.  
Bureauzeit:  
9 bis 12 Uhr vormittags  
1 bis 6 Uhr nachmittags  
Sonntags durchgeh.  
9 bis 11 Uhr. Tel. 8407.  
Zahlstelle Leipzig  
Die Delegierten der in Arbeit getretenen Betriebe haben sofort  
die Legitimationskarten betriebsweise im Volkshause abzugeben.  
Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt betriebsweise  
an die Delegierten im Volkshause am Freitag nach Arbeits-  
schluß.  
Abrechnung und Markenausgabe an die Delegierten kann am  
Freitag nicht erfolgen.

**Glaser! Versammlung**  
Freitag, den 30. April, abds. 5 Uhr:  
im Volkshaus, Nebenaal rechts.  
Tagesordnung: I. Kasienberichte. II. Die Verhandlung über unsere Lohnforderung.  
III. Urabstimmung über die Erhöhung der Beiträge. IV. Gewerkschaftliches.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.  
Die Urabstimmung über die Erhöhung der Beiträge findet Sonntag, den  
2. Mai, vormittags von 11 bis 12 Uhr, in folgenden Lokalen statt und ist das  
Verbandsbuch mitzubringen:  
Osten: Restaurant zur Silberpappel, Ritzstr. 10, Volksmarsdorf.  
Süden: Volkshaus, Zeller Str. 6.  
Westen: Restaurant Vater Jahn, Lindenau, Merseburger Str. 6.  
Norden: Restaurant Aidau-Ausgang, Gohlis, Elisabethstr. 17.  
Ab 23. April erfolgt auf die beginnende Lohnwoche ein Zuschlag von 1.20 Mt.  
pro Stunde auf alle bestehenden Löhne. Ab 15. Mai erfolgt ein weiterer Zuschlag  
von 30 Pfennig pro Stunde.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Bureau: Gerberstr. 1  
(Hotel Bismarck), I. Stock,  
Zimmer 4-6. Tel. 12790.  
Bureaustunden: Vorm.  
9-11, nachm. 5-7 Uhr.  
Sonntags durchgeh. 9-11 Uhr.  
Zahlstelle Leipzig.  
Donnerstag, 29. April 1920, abends 7 Uhr.  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Volkshaus (Gesellschaftsaal).  
Tagesordnung: 1. Der diesjährige Verbandstag. 2. Aufstellung der Kandidaten.  
Mitglieder, legitimiert für eine überfüllte Versammlung. Die Ortsverwaltung.  
Auscheiden! Zurückbleiben lassen!

**Konsumverein für Zwenkau u. Umg.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.  
Sonntag, den 2. Mai, nachm. 3 Uhr:  
**Außerordentl. General-Versammlung**  
im Rathaussaal zu Zwenkau.  
Tagesordnung: Beschlußfassung über den in der ordentlichen Generalversammlung  
vom 7. März d. J. eingebrachten Antrag Paul Franke.  
Zutritt haben nur Mitglieder, die sich am Eingang durch Mitgliedsbuch legitimieren  
müssen. — Auch Fremde, welche nicht Mitglieder sind, haben keinen Zutritt.  
Der Ausschussrat. Hermann Kiebel, Vorsitzender.

**Nicht mehr zögern!**  
noch kaufen Sie gut  
und sehr billig  
**Wachstuche und Reste**  
Marktaschen, Mappen  
Bett-Einlagen, Bohner-  
wachs, Buntglaspapier  
Frauen-u. Kind.-Leder-  
tuch-Schürzen, Lätze  
billig und seltene Qualität  
**Tapeten**  
Preise 1. id. erschwinglich  
**Bernh. Nestler**  
Eisenbahnstraße 99  
Ecke Eisenbahnstraße  
Vorb. 1. Eisenbahnstr. 90  
L. W. V. — N. & M.

**Familien-Nachrichten**  
Sonntag, 1/2 Uhr, verließ unerwartet nach langem  
Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder  
Schwager und Onkel  
**Max Geissler.**  
Leipziger, Lortzingstr. 14.  
In tiefer Trauer  
Bertha Geissler und trauernde Hinterbliebene.  
Beerdigung Donnerstag, 29. April, nachm. 3 Uhr,  
von der Kapelle des Nordfriedhofs aus.

**Dank** für die wohlthuenden Beweise, liebevoller  
Teilnahme bei dem plötzlichen Tode meines  
lieben Mannes, des liebevollen Vaters meiner  
Kinder, des Steinmetzmeisters  
**Friedrich Adolf Schneider**  
lagen mir hierdurch allen Bekannten und Be-  
kannnten unsern herzlichsten Dank.  
Großschloß, den 28. April 1920.  
**Frau Therese verw. Schneider**  
nebst Kindern.

**Familien-Nachrichten**  
Ein krammes Brüderchen  
**Heinz Hellmut**  
angekommen. In großer Freude  
zu Hause u. alle ged. Heine  
L. Stötteritz, Weibstr. 30, I.

**Astoria**  
Windmühlenstr. 31. Tel. 18195-96  
Ab Freitag, den 30. April 1920  
Sonderwoche!  
**HildeWörner**  
in der Erstaufführung zwei grosser Filmwerke  
mit persönlichem Auftreten der  
beliebten Filmschauspielerin.

**Universum**  
Rosspatz 6 (Kaffee Bauer). Tel. 18195-96  
Ab Freitag, den 30. April 1920  
Der grosse Hagenbeck-Film  
**Darwin**  
oder:  
Im Fieber unter Afrikas Tropensonne.  
6 Akte.  
Prächtige Aufnahmen aus dem afrikanischen Urwald;  
fesselnde Raubtierjagden auf Elefanten, Bären, Affen etc.

**Zweite Frankfurter Internationale Messe**  
Umfassende Ausstellung aller exportfähigen deutschen Industrien  
sowie ausländischer Erzeugnisse, Rohstoffe und Halbfabrikate

**Festhalle:**  
Textilwaren u. Sportartikel, Blüouterien

<b>Südhalle:</b> Maschinenbau und Elektrotechnik	<b>Osthalle A:</b> Maschinenb. u. Elektrotechn. Import — Export	<b>Osthalle B:</b> Maschinenbau und Elektrotechnik
<b>Westhalle A:</b> Bauwesen, landw. Masch. u. Geräte	<b>Westhalle B:</b> Medizin Chirurgie	<b>Osthalle C:</b> Chem. Erzeugn., Toll.-Artik. Nahrungs- u. Genussmittel
<b>Messhaus Westend:</b> Galanterie- u. Spielwaren	<b>Haus „Offenbach“:</b> Lederwaren, Schuhe	<b>Blamerck-Messhaus:</b> Opt. u. Beleuchtungsart.
<b>Messhaus Hippodrom:</b> Bureau und Geschäftsbedarf Verpackungsmaterial	<b>Gewerbe-Messhaus:</b> Haushaltungsartik., Metallwaren elektrotechn. Schwachstromart.	<b>Goethe-Messhaus:</b> Kunstgew., Japanwar.
<b>Warenbörsen:</b> Täglich von 12—1 Uhr im Börsensaal der Festhalle		

**Vom 2. Mai bis 11. Mai 1920**  
Wegen Nachweises von Zimmern u. Messabzeichen wende man sich an den Wohnungsnachweis des  
Messamtes  
**GESCHÄFTSSTELLE FÜR GROSS-BERLIN: CHARLOTTENSTRASSE 56**